

Transkription des Interviews mit Manfred Scheich (Hildesheim, 2. November 2009)

Urheberrecht: Transcription CVCE.EU by UNI.LU

Sämtliche Rechte auf Nachdruck, öffentliche Verbreitung, Anpassung (Stoffrechte), Vertrieb oder Weiterverbreitung über Internet, interne Netzwerke oder sonstige Medien für alle Länder strikt vorbehalten. Bitte beachten Sie den rechtlichen Hinweis und die Nutzungsbedingungen der Website.

URL:

http://www.cvce.eu/obj/transkription_des_interviews_mit_manfred_scheich_hildesheim_2_november_2009-de-0bc8320c-7c2e-4f00-8a0b-4c29e0008bc3.html

Publication date: 04/07/2016



Transkription des Interviews mit Manfred Scheich (Hildesheim, 2. November 2009)

Inhaltsverzeichnis

1. Zusammenfassung seiner diplomatischen Laufbahn.....	1
2. Die Beziehungen zwischen Österreich und den Europäischen Gemeinschaften in den 80er Jahren. .3	
3. Der Beitritt Österreichs zur Europäischen Union und das Konzept der global approach	9
4. Österreich in der Europäischen Union	21
5. Die Europäische Union nach dem Inkrafttreten des Vertrags von Lissabon	24

1. Zusammenfassung seiner diplomatischen Laufbahn

[**Manfred Scheich**] Meine europäische Karriere hat, wenn Sie so wollen, begonnen Ende 1958. Ich bin damals zurückgekommen von einem einjährigen Studium am Bologna-Center der Johns Hopkins University, einem Post-Graduate-Studium, und bin in jene Abteilung des österreichischen Bundeskanzleramtes eingetreten, die damals zuständig war für – im weitesten Sinn – Europa- und Integrationspolitik. Das konkrete Thema, das damals auf dem Tisch gelegen hat, war die Ausarbeitung des EFTA-Vertrages. Sie werden sich erinnern: De Gaulle hat im Dezember 1958 sein Veto eingelegt zu der Gründung einer umfassenden europäischen Freihandelszone, die damals gelaufen ist unter dem Namen „Maudling-Vertrag“. Maudling war der *President of the Board of Trade*, das heißt also der englische Handelsminister. Dieses Konzept, das eigentlich gedacht war nach dem Abgang oder nach der Gründung der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft, diese – wie es die Außenseiter gefühlt haben – Spaltung Europas, des OEEC-Europas, der Organisation für europäische wirtschaftliche Zusammenarbeit, diese Spaltung – wie wir das gesehen haben – wieder aufzufangen in einer umfassenden, alle OEEC-Länder umfassenden europäischen Freihandelszone; übrigens unter ... daher Maudling-Committee, Maudling-Vertrag ... unter Führung Großbritanniens. Und der Vertrag war praktisch ausgearbeitet, und de Gaulle hat dann im Dezember 1958 sein Veto gegen dieses Konzept eingelegt, da er – vermutlich richtigerweise – erkannt hat, dass das ein Schachzug war, ein Schachzug war, um die Entwicklung der supranational angelegten Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft aufzuhalten.

Also, ich bin damals in das Bundeskanzleramt eingetreten, und als kleiner Referent haben wir uns dann befasst mit der Ausarbeitung des EFTA-Vertrages, denn die EFTA, die Gründung der EFTA war die Reaktion auf das Scheitern der Maudling ... der umfassenden Maudling-Freihandelszone. Dort also hat diese europäische Karriere begonnen.

Ich wurde dann nach Ausarbeitung der EFTA-Konvention mit 1. Jänner 1960 an die österreichische ... ständige österreichische Delegation bei der OEEC in Paris versetzt, um eben mich dort mit den EFTA-Fragen zu befassen. Und damals ist etwas, was auch, glaube ich, weitgehend in Vergessenheit geraten ist, geschehen: Die Absicht der EFTA-Länder – und ich muss jetzt nicht erklären, wer die EFTA-Länder waren; wir waren sieben, darunter die drei Neutralen, Österreich, Schweiz und Schweden ... Wir hatten die Absicht, das Hauptquartier der EFTA in Paris anzusiedeln, auch aus symbolischen Gründen, um zu zeigen, wir sind, wir wollen ... wir halten fest an der Idee des umfassenden Europas. Und da hat die französische Regierung wahrscheinlich unter Einfluss des Élysée befunden, dass wir in Paris nicht willkommen sind. Es gab dann in den ersten Tagen des Jahres 1960 die hektische Suche nach einem neuen Hauptquartier, und dieses Hauptquartier wurde dann nach Genf verlegt, das EFTA-Hauptquartier, der EFTA-Sitz. Und ich bin, ich glaube, Anfang März mit meinem ersten Auto hinunter nach Genf gefahren und habe dort mein Büro aufgemacht in einem Hotel. Ich habe gesagt, das war das erste und einzige Mal in meinem Leben, dass ich Karriere gemacht habe, weil ich sehr, sehr jung war und eigentlich direkt nach Wien berichtet habe und direkt

von Wien Weisungen empfangen habe für meine Arbeit im Rat der EFTA.

Nun, ich bin dann in Genf geblieben, wurde dann nach ein paar Monaten oder nach einem Jahr der Ständigen Mission Österreichs in Genf auch angeschlossen, aber für EFTA-Angelegenheiten. Und bin dann in Genf geblieben, als so genannter *EFTA-Deputy*, also als der Vertreter des Missionschefs bei der EFTA, das war Botschafter Kroy damals. Ich blieb in Genf bis in den Sommer 1964, ging dann zurück nach Wien, war dann Sekretär – heute würde man sagen Kabinettschef, aber all diese Titel sind hochstilisiert worden – des Staatssekretärs im österreichischen Außenministerium, des politischen Staatssekretärs im österreichischen Außenministerium, Carl Bobleter, habe mich auch bei ihm eigentlich sehr der europäischen Angelegenheiten angenommen, das war hauptsächlich die EFTA, und habe dann ein Zwischen-*Stage* gemacht von 1967 bis 1969 bei der so genannten UNIDO, der UN-Organisation für industrielle Entwicklung, die damals gerade in Wien angesiedelt wurde. Ich war dann zwei Jahre dort, bin dann aber sofort wieder zurückgegangen ... In der Zwischenzeit bin ich vom Bundeskanzleramt übergetreten ins Außenministerium und bin also 1969 zurück ins Außenministerium gegangen, und knapp darauf, Ende 1969, wurde ich Stellvertreter des Missionschefs an der österreichischen Botschaft in Bern. Das war an und für sich ... Bern war damals eine sehr wichtige Botschaft für uns, weil Österreich sich insbesondere in seinen Außenbeziehungen, in seiner Außenpolitik intensiv orientiert hat an der Schweiz. Das war damals ein starkes österreichisches Konzept. Für die „kleine“ Geschichte sozusagen: Es war damals üblich, dass, ich glaube, der österreichische Bundeskanzler und besonders der österreichische Außenminister ihren ersten Auslandsbesuch immer in Bern abgestattet haben. So haben sich in der Zwischenzeit die Zeiten geändert.

Das war Bern. Ich blieb dann in Bern bis 1970 ... Pardon, bis 1974 natürlich, von '69 bis '74. Übrigens, in Bern war das damals auch die Zeit der engen Koordination der drei Neutralen. Und Sie werden hören, dass ich immer von den drei Neutralen und nicht von den vier Neutralen spreche, das hat seine Bedeutung, und ich rede immer über Österreich, die Schweiz und Schweden, und ich rede nicht über Finnland. Denn damals war eine gewisse Vorsicht der drei Neutralen gegenüber Finnland, das ja einen Kooperationsvertrag mit der Sowjetunion hatte mit einer Art Beistandsklausel auch. Hier wurde klar Distanz gehalten. Jedenfalls ... Und das war die Zeit der engen Zusammenarbeit der drei Neutralen – ich werde später darauf zurückkommen – in der Ausarbeitung der so genannten Neutralitätsbedingungen oder Neutralitätsvorbehalte im Zusammenhang mit dem europäischen Integrationsprozess. Ich komme später noch darauf zu reden. Das soweit Bern.

Ich habe nach Bern dann meinen ersten Posten als Botschafter angetreten, und zwar österreichischer Botschafter in Algerien. Ich blieb dann als österreichischer Botschafter in Algerien von '74 bis 1978, eine sehr interessante Zeit für mich, weil sie mir neue Erfahrungen und neue Dimensionen für meinen internationalen Blick gegeben hat. Algerien war damals ein wichtiges Land, wenn Sie sich erinnern, Algerien hatte in diesen Jahren sowohl den Vorsitz in der Blockfreien-Bewegung und auch eine gewisse Zeit in der OPEC. Also, Algerien war eine führende Nation unter den Blockfreien, zusammen mit Tito und Nehru auch noch. Und dann eine führende Rolle auch in der OPEC. In die Zeit ist übrigens auch – für die „kleine“ Geschichte – das *Hijacking* des OPEC-Ministerrates in Wien gefallen. Wenn Sie sich erinnern, wurden die Geiseln, die dann mit einer AUA-Maschine nach Algerien gekommen sind, auch in den sehr frühen Morgenstunden – und fragen Sie mich jetzt nicht nach dem Datum – bei uns in Algerien frei gelassen. Und natürlich hat der Botschafter dort auch eine kleine Rolle in diesem Zusammenhang gespielt. Das war Algerien.

Ich kam dann '78 zurück nach Wien und habe dann im österreichischen Außenministerium die Abteilung für europäische Integration übernommen. Machen wir es kurz ... Ich hatte diese Abteilung von 1978 bis 1983 und wurde 1983 zum ersten Mal als österreichische Botschafter zu den Europäischen Gemeinschaften nach Brüssel geschickt, war aber damals der Botschafter eines Drittlandes bei den Europäischen Gemeinschaften in Brüssel, blieb dort bis '86, kam Ende '86 zurück, und bekam damals die ... Im österreichischen Fall ist das mehr als die Abteilung, im deutschen Fall ist die Abteilung die größte, glaube ich, administrative Einheit, in Österreich ist die große administrative Einheit die so genannte Sektion. Aus der Literatur werden Sie sich erinnern an

die österreichischen Sektionschefs, die kleinen bürokratischen Potentaten in der österreichischen Verwaltung, tief in die Monarchie zurück. Die Sektionsschefs sind auch immer Gestalten der österreichischen Literatur. Habe also 1986 die Sektion für europäische Integration und wirtschaftliche Angelegenheiten übernommen und blieb dann ... Dann kamen die Jahre des Beginnes des Weges zum Beitritt, aber darüber werden wir später sprechen ... Und bin dann Anfang 1993 neuerlich als österreichischer Botschafter zurück nach Brüssel gegangen, um gleichzeitig aus Brüssel heraus als Verhandlungsleiter für die Beitrittsverhandlungen während des Jahres '94 zu dienen. Nach unserem Beitritt, der am 1.1.1995 in Kraft getreten ist, war ich dann der Ständige Vertreter Österreichs bei der EU in Brüssel bis Mitte 1999. Das soweit zu meinem beruflichen Lebenslauf.

Während meiner Zeit als Ständiger Vertreter Österreichs bei der EU war ich Mitglied der so genannten Reflexionsgruppe, einer Gruppe, die sich aus persönlichen Vertretern der jeweiligen Regierungschefs der damals fünfzehn Mitgliedsländer der EU zusammengesetzt hat, die die Grundlage für die nachfolgenden Verhandlungen zum Amsterdam-Vertrag gelegt hat. Und war dann auch der österreichische Chefverhandler für den Vertrag von Amsterdam. Ich bin, wie gesagt, in der zweiten Hälfte 1999 in Pension gegangen, hatte dann für ein paar Jahre einen Lehrauftrag an der Universität Innsbruck für europäische Integration und habe gleichzeitig, und das bis heute noch, mit verschiedenen Instituten zusammengearbeitet, am intensivsten vielleicht mit dem österreichischen Institut für Europa- und Sicherheitspolitik. Das tue ich bis heute noch, als so genannter *Senior Advisor*, spreche bei den verschiedensten Gelegenheiten, auch in Zusammenarbeit übrigens mit der Hanns-Seidel-Stiftung, bei verschiedenen Seminaren und Symposien über europäische Angelegenheiten und arbeite auch im Wege des österreichischen Instituts für Europa- und Sicherheitspolitik mit in dem, wie es heißt, *European Ideas Network*, ein loser Zusammenschluss zwischen der EVP, also der Europäischen Volkspartei-Fraktion im Europäischen Parlament, und einer Reihe von *think tanks* in Mitgliedsländern der EU. Wir hatten gerade vor etwa vierzehn Tagen die so genannte Sommeruniversität des *European Ideas Network* in Wien, bei der ich auch in einem *panel* über europäische Nachbarschaftspolitik – auch ein Thema, das wir dann besprechen werden – aufgetreten bin. So weit, so gut.

2. Die Beziehungen zwischen Österreich und den Europäischen Gemeinschaften in den 80er Jahren

[**Christian Lekl**] Sie waren von 1983 bis 1986 österreichischer Botschafter bei den Europäischen Gemeinschaften. Wie definierte sich die österreichische Integrationspolitik zu Beginn der 80er Jahre?

[**Manfred Scheich**] Nun, die Grundlage der österreichischen Europa- oder Integrationspolitik, besser Integrationspolitik, war immer noch die seit 1955 geltende These von der Unvereinbarkeit zwischen der immerwährenden Neutralität Österreichs und einer Mitgliedschaft in der Europäischen Gemeinschaft, Europäischen Union. Diese These hatte ihren Ursprung in den 50er Jahren, als wir ... also in den Jahren und in der Zeit des, ich nenne es gerne so, „heißen“ Kalten Krieges. Genauer war der Ursprung im Jahre 1955, als der österreichische Staatsvertrag geschlossen wurde, wobei der politische Preis ohne Zweifel für den Erhalt des Staatsvertrages die Erklärung, wenn auch autonome Erklärung, der immerwährenden Neutralität durch den österreichischen Gesetzgeber, also durch den österreichischen Nationalrat war. Vielleicht auch zur Erinnerung: Der österreichische Staatsvertrag, um den wir seit Ende des Zweiten Weltkrieges als vierfach besetztes Österreich gerungen haben, das war die Frage der österreichischen Außenpolitik in diesen ersten zehn Jahren nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges, dieser österreichische Staatsvertrag hat den Rückzug, den Abzug der vier Besatzungsmächte und die Wiederherstellung der vollen Souveränität Österreichs gebracht. Wie Sie wissen, ein historisch ganz großer Schritt, den ich allerdings trotz alledem gern vergleiche mit dem

Schritt unseres Beitrittes zur Europäischen Union. Das waren die beiden großen historischen Daten der österreichischen Geschichte nach dem Zweiten Weltkrieg. Nun, die These von der Unvereinbarkeit zwischen Neutralität und Mitgliedschaft in der doch supranational angelegten Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft, diese These hat Generationen von österreichischen Beamten und insbesondere österreichischen Diplomaten wie überhaupt der österreichischen öffentlichen Meinung geprägt. Daher ist es auch später zu dem Begriff „Tabubruch“ geworden im Zusammenhang mit dem Beitritt.

Vielleicht ein paar Worte noch zum Inhalt unserer Europapolitik. Also, die These unserer Unvereinbarkeit einerseits, gleichzeitig aber, was den Inhalt unserer Europapolitik betrifft, war sie geprägt von der Herstellung möglichst enger ökonomischer Beziehungen mit den Europäischen Gemeinschaften. Daher stammen auch unsere Versuche einer Assoziierung mit der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft in den 60er Jahren, die beide gescheitert sind, nicht zuletzt wieder politisch an den Bedingungen der Ost-West-Spaltung in Europa. Die Sowjetunion war damals gegen eine so enge vertragliche Bindung, die übrigens damals angesehen wurde – die Assoziation – als erster Schritt zu einem in der Zukunft liegenden Beitritt. Die Sowjetunion war dagegen, und eindeutig hatte auch, glaube ich, die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft wenig Lust, hier eine allenfalls konfrontative außenpolitische Front zu eröffnen. Denn vergessen wir nicht, in diesen Jahren ging es auch noch um die Konsolidierung der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft einerseits, und alle Gründungsmitglieder der EWG – also der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft – waren auch Mitglieder der NATO.

Aber nochmals, diese Grundlinie der österreichischen Politik, möglichst enge Wirtschaftsbeziehungen mit der Union aufzubauen, hat die Jahrzehnte nachher geprägt. Ein wichtiger Schritt erfolgte dann 1973 mit dem Abschluss der Freihandelsverträge [zwischen] der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft, immer noch Europäische Wirtschaftsgemeinschaft, und den EFTA-Ländern, allen EFTA-Ländern. Dieser Abschluss der Freihandelsverträge stand übrigens im Zusammenhang mit der ersten Erweiterung der EWG durch Großbritannien und Dänemark, zwei „abspringende“ EFTA-Gründungsmitglieder, und Irland. Das war die erste Erweiterung 1973, und damals auch der Abschluss bilateraler Freihandelsverträge zwischen den zurückbleibenden einzelnen EFTA-Ländern und der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft. In den Jahren nachher – die These der Unvereinbarkeit blieb immer noch aufrecht – waren es insbesondere immer wieder österreichische Versuche, österreichisches Mahnen, österreichisches Verlangen, die Wirtschaftsbeziehungen über die bloßen Freihandelsverträge auch auf andere Gebiete auszudehnen. Niemals kam es aber damals noch zur Frage für die offizielle österreichische Politik – es gab immer Einzelmeinungen, die anders waren – zur Frage des EU-Beitrittes. Nach unserer Interpretation, die durchaus im Einklang gestanden ist auch mit dem völkerrechtlichen Denken der Zeit, hat der Status einer immerwährenden Neutralität das neutrale Land zur Aufrechterhaltung einer – wie wir es genannt haben – qualifizierten Unabhängigkeit verpflichtet. Qualifizierte Unabhängigkeit in dem Sinne, dass sich der Neutrale auf allen Gebieten staatlichen Handelns seine Handlungsfreiheit, seine souveräne Handlungsfreiheit bewahren muss, um eben für den Fall des Konfliktes, in dem dann die Neutralität schlagend wird, im Falle des Konfliktes tatsächlich bereit zu sein und fähig zu sein, strikte die Regeln des Neutralitätsstatus einzuhalten. Also die Verpflichtung zur Aufrechterhaltung qualifizierter Unabhängigkeit auf allen Gebieten staatlichen Handelns, inklusive der Handelspolitik. Inklusive der Handelspolitik.

Und hier hat sich diese Interpretation ... Hier kam es zum Zusammenstoß zwischen Neutralität und Mitgliedschaft. Die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft war zumindest im dynamischen Sinn supranational angelegt, sie hatte supranationale Elemente von vornherein, insbesondere in dem Konzept der Zollunion, in dem ja die so genannte *treaty making power*, also die Souveränität, Unabhängigkeit zum Abschluss von Handelsverträgen verloren geht und die Gemeinschaft als solche gemeinschaftlich handeln muss.

Also einmal die Frage der so genannten *treaty making powers*. Dazu kam, dass die EWG-Verträge, die Rom-Verträge keine Kündigungsmöglichkeit vorgesehen haben: ein anderer Grund für die

Neutralen, damals nicht beitreten zu können oder zu wollen. Übrigens wurde das mit dem Lissabon-Vertrag nun geändert. Und es ist ganz interessant, dass der Lissabon-Vertrag – erlauben Sie mir diesen Rückblick – eigentlich hier einen Bruch vollzieht, ganz unbemerkt, mit einer Art politisch-philosophischen Grundlage der europäischen Integration. Die Rom-Verträge haben nämlich keine Kündigungsmöglichkeit oder Austrittsmöglichkeit vorgesehen, weil es die Idee war, dass der Integrationsprozess ein unumkehrbarer Prozess der Vereinigung, wenn nicht gar Verschmelzung der Mitglieder bedeutet. Und hier, und ohne Zweifel im Zusammenhang mit der jüngsten Erweiterung, hat man eigentlich hier einen grundsätzlichen Bruch ideeller Natur vorgenommen. Das nur als Nebenbemerkung. Also, keine Kündigungsmöglichkeit und keine Austrittsmöglichkeit. Und dann war noch ein Neutralitätsvorbehalt, eine Art dritter, dass der Neutrale in der Lage sein muss, kriegswirtschaftliche Produktionen aufrechtzuerhalten, also sich nicht ganz hingeben darf der Liberalisierung und Arbeitsteilung, wie sie im Integrationsraum vorgesehen ist. Ohne Zweifel ein bisschen ein, ohne Zweifel ein protektionistisches Element, das allerdings argumentiert wird eben mit der Notwendigkeit wiederum der Handlungsfreiheit und einer doch großen Schwelle der Selbstversorgung im Konfliktfall.

Das also noch zur Neutralität. Die Paradigmen, die europäischen Paradigmen waren auch klar, wir waren in der Zeit, noch mal, des „heißen“ Kalten Krieges. Und von Seiten des östlichen Bündnisses oder von Seiten Moskaus wurde die EWG damals ohne Zweifel politisch als Teil der westlichen *Alliance* angesehen. Und vergessen wir nicht, in den Augen Moskaus ... natürlich insbesondere war ja ... die österreichische Neutralitätserklärung wurde angesehen als der Ausschluss Österreichs aus dem militärstrategischen Mächtespiel. Und daher kann dieser Neutrale ... Das war der Hintergrund des Blickes Moskaus. Und dieser Neutrale kann sich daher diesem – von dort gesehen – Teil des westlichen Bündnisses nicht als Mitglied anschließen.

[**Christian Lekl**] Gab es denn in den Jahren, in denen Sie Botschafter bei den Europäischen Gemeinschaften waren, also noch vor den Nationalratswahlen 1986, erste Anzeichen für eine Änderung in der Auslegung des Neutralitätsbegriffes? Oder wurde diese Veränderung erst nach den Nationalratswahlen 1986 vollzogen?

[**Manfred Scheich**] Ich würde sagen, es gab Anzeichen für eine Veränderung in der europäischen politischen Landschaft zwischen Ost und West. Und es ist immer schwer, solche Entwicklungen, die ja langsame, schrittweise, oft kaum rechtzeitig erkennbare Entwicklungen sind und deren Ausgang man oft gar nicht sagen kann, an bestimmten Daten fest zu machen. Es kam aber ohne Zweifel Mitte der 80er Jahre zu diesen Änderungen, und ich glaube, wir Österreicher – und ich sage das mit einem gewissen Stolz – haben diese Änderungen, wie es sich herausgestellt hat, richtig interpretiert, und haben auch erkannt, dass sich damit für uns neue Spielräume in der Integrationspolitik aufmachen.

Was war dieser Wechsel, was war dieser Paradigmenwechsel? Ich würde ihn bezeichnen als Entwicklung von der Konfrontation zur Kooperation. Von der Konfrontation, über die ich gesprochen habe, der Jahre oder der Jahrzehnte vorher, zur Kooperation zwischen – nennen wir es jetzt – der östlichen Hälfte des Kontinents und der westlichen Hälfte des Kontinents. Dieser Wechsel hat nicht zuletzt auch einen Grund: dass die Sowjetunion der Perestroika eingesehen hat, dass man Westeuropa, das ökonomisch starke Westeuropa als Partner für die angegangenen internen Reformen braucht. Das war der eine Sprung. Wir hatten natürlich parallel dazu den so genannten KSZE-Prozess auch mit seinen Abrüstungs- und Dialogentwicklungen. Was waren nun die konkreten Schritte dieser Änderung von der Konfrontation zur Kooperation? Es war insbesondere, was jetzt die EG – jetzt sind wir schon bei der Europäischen Gemeinschaft –, was die EG betrifft, die gegenseitige Anerkennung. Es war die gegenseitige Anerkennung zwischen der östlichen Organisation Comecon und der Europäischen Gemeinschaft, und es waren insbesondere die gegenseitige Anerkennung auch zwischen den einzelnen Mitgliedern des Comecon und der Europäischen Gemeinschaft und der Abschluss von Kooperationsverträgen zwischen einzelnen Comecon-Ländern und der EG – Dinge, die unvorstellbar

gewesen wären in der Phase, die ich genannt habe die „heiße“ Phase des Kalten Krieges.

Und jetzt fragen Sie, was gab es in Österreich intern für Bewegungen? Nun, ohne Zweifel kam es zu immer stärkeren Wortmeldungen, aber es waren Einzelmeinungen aus beiden großen Parteien, nämlich sowohl der Österreichischen Volkspartei wie der Sozialdemokratischen Partei Österreichs. Einzelne Wortmeldungen, die gesagt haben: Warum sollen wir nicht den Beitritt ins Auge fassen? Das nicht zuletzt auch unter dem Eindruck des Qualitätssprungs in der europäischen Integration, nämlich der Schaffung des Binnenmarktes – im Einzelnen auch noch später dazu –, der dann die Meinung hat aufkommen lassen – insbesondere übrigens in Österreich, insbesondere in Österreich –, dass der Freihandel für industrielle Produkte ... Ich muss dazu sagen, die Freihandelsverträge haben ja die Landwirtschaft ... Es gab keinen Freihandel in Agrarprodukten. Darüber gab es punktuelle Abmachungen für einzelne Agrarprodukte in Form so genannter Briefwechsel, aber der Freihandel selbst hat nur das industriell- gewerbliche Gebiet umfasst.

Also, einzelne Wortmeldungen, aber für die offizielle österreichische Außenpolitik blieb die Aufrechterhaltung der These von der Unvereinbarkeit aufrecht. Ich erinnere mich selbst. Ich war ja damals in Brüssel als österreichischer Botschafter eines – wie gesagt – Drittlandes und bloßen Freihandelspartners. Ich erinnere mich noch an parlamentarische Anfragen – und diese parlamentarischen Anfragen wurden von der Bundesregierung ganz klar beantwortet – nämlich betreffend einen möglichen Beitritt. Diese parlamentarischen Anfragen wurden ganz eindeutig beantwortet, dass eben nach wie vor dieser Widerspruch besteht. Und ich würde etwas jetzt dazu sagen illustrativ: Kreisky war ja Bundeskanzler. Kreisky war im Übrigen immer ein Vorreiter dieser Entwicklung des Freihandels ... der Beziehungen zur Europäischen Gemeinschaft über den Freihandel hinaus. Und er hat anlässlich eines Besuches des damaligen Kommissionspräsidenten Jenkins ... Er hat damals gesprochen, sich eingesetzt für eine dynamische Entwicklung der Beziehungen über den Freihandel hinaus, hat aber diese Entwicklung als eine asymptotische Entwicklung bezeichnet, eine asymptotische Annäherung bezeichnet. Und asymptotische Annäherung ist die Annäherung von zwei ... ich hoffe, dass ich das richtig sage ... in der Geometrie von zwei Linien ins Unendliche, die aber nie verschmelzen. Das war also der Blick: dynamische Entwicklung der Beziehungen, aber eben von asymptotischer Natur, was den Beitritt, den institutionellen Beitritt nach wie vor ausgeschlossen hat. Und das war die These, die auch in der Zeit, die Sie angesprochen haben, nämlich auch Mitte der 80er Jahre, bis eben zur Einleitung der neuen Politik, die ich bezeichnen möchte mit dem Jahreswechsel 1986/87, gegolten [hat].

[**Christian Lekl**] Wenn ich einmal nachfragen darf: Wie erklärt sich diese Hinwendung zur Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft, die ja schon in den 60er und 70er Jahren unter dem Stichwort „Brückenschlag“ angefangen hat und die ja kontinuierlich verfolgt wurde, was waren die Gründe hierfür?

[**Manfred Scheich**] Ich komme sehr gern zurück auf diese Frage. Erstens: Ich nehme jetzt vielleicht als ersten Punkt das rein Ökonomische und greife noch etwas weiter zurück. Sehen Sie, Österreich war nie ein Partner des Welthandels in dem Sinne. Österreich war in seinen Wirtschaftsbeziehungen ins Ausland immer sehr intensiv nachbarschaftsorientiert. Außerdem war die österreichische Wirtschaftspolitik – und das ist keine Schande – durchaus immer etatistisch und damit auch protektionistisch geprägt. Zurück zur Nachbarschaftsorientierung. Wohin ist diese Orientierung in der Geschichte gegangen? Eben in die Nachbarschaft. Man hat manchmal sehr gerne gesprochen, um das zu illustrieren, in dem Dreieck – ich weiß nicht – Budapest, München, Mailand, wenn Sie so wollen. Das ist jetzt sicherlich eine Zuspitzung. Einer der Nachbarschaftsräume ist mit dem Eisernen Vorhang weggefallen, das war der Osten. Geblieben ist die westliche Nachbarschaft, und wir haben in diesen Zeiten, in den 50er Jahren ... Etwa 50 % unseres Gesamtexportes gingen in die Länder der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft. Also einmal diese starke Nachbarschaftsorientierung. Und der Ausschluss und, wie man gesagt hat, die Diskriminierung auf diesen Nachbarschaftsmärkten, die nun

einmal die westlichen waren, hat an und für sich Ängste und Sorgen ausgelöst, und das wird illustriert durch den Ausdruck, den der damalige Landeshauptmann der Steiermark geprägt hat, Josef Krainer, der gesagt hat: „Wir dürfen und wir können nicht in der Neutralität verhungern.“ Eine etwas grobe, zugespitzte Sache, die aber genau illustriert, was ich Ihnen sagen wollte. Das Ökonomische.

Das Zweite war das Engagement Österreichs und der Österreicher, das auch seine historischen Gründe hat, für die Idee der europäischen Einheit. Nicht zuletzt war es der Österreicher Coudenhove-Kalergi, der die paneuropäische Idee nach dem Ersten Weltkrieg geschaffen hat und gedacht hat. Das andere: Gleichzeitig – zum Unterschied, sagen wir, von der Schweiz – hat Österreich nie ein Problem gehabt mit transnationalen oder supranationalen Lösungen. Auch das ein Charakteristikum für Österreich. Zum Unterschied der Schweiz, und ich möchte hier eine kleine Anekdote erzählen: Ich wurde 1987, glaube ich, in die Schweiz eingeladen zu einem Symposium über Europapolitik. Und wir haben damals, und ich persönlich sehr stark, schon den *global approach* verfolgt. Wir kommen später darauf zu sprechen, was das war. Ich habe das dort vertreten, eben die umfassende Teilnahme Österreichs am entstehenden Binnenmarkt, die umfassende, volle Teilnahme Österreichs an dem Binnenmarkt mit allen seinen Folgen. Nochmals: später im Einzelnen. Und gesprochen hat dort auch der sehr aufgeschlossene und sehr weitsichtige damalige Schweizer Wirtschaftsminister Delamuraz. Und Delamuraz ist auf meinen Vortrag zu sprechen gekommen und hat gesagt: „Ja, in dem was Sie, Herr Scheich, da gesagt haben, schlägt sich eben dieses transnationale Denken der Österreicher nieder, während wir Schweizer sind in der Geschichte, in unserer Schweizer Geschichte immer gestanden in Abwehrstellung, in Igelstellung gegenüber dem Reich.“ Gedacht war sicherlich noch das karolingische Reich. In Abwehrstellung gegen das Reich. „Während Sie waren das Reich“. Nicht, und in diesem Bild manifestiert sich der Unterschied in der Sicht der Schweiz gegenüber diesem doch europäischen Zusammenschluss mit supranationalen Elementen, und der österreichischen, auch innenpolitischen emotionalen Ausgangslage.

Wir hatten also nie Schwierigkeiten mit transnationalen Regelungen, wir konnten nur nicht dabei sein aus Gründen der Neutralität. Und vielleicht noch ein letzter Punkt, doch noch, und ich glaube, er hat eine Rolle gespielt, und das waren die Erfahrungen aus dem Zweiten Weltkrieg. Sehen Sie, alle Gründungsmitglieder – das ist der Grund, warum ich gerne gesagt habe, Österreich war ein verhindertes Gründungsmitglied ... die Gründungsmitglieder sind alle in einer besonders qualifizierten Weise durch die Ereignisse und Folgen des Zweiten Weltkrieges durchgegangen. Besetzung, nationale Demütigung ... auch die späteren Sieger ... nationale Demütigung, Besetzung, Zerfall von Strukturen, schwere Gewissensprüfungen in politischem Sinn und nochmals Demütigung, Niederlage. Wenn Sie so wollen, kann man sagen, sie alle haben Gott oder Götter sterben gesehen. Und aus dieser Erfahrung hat sich dann natürlich auch genährt: „Wir müssen in eine qualifiziert neue Epoche europäischer Politik eintreten“, nämlich in eine Epoche der Einigung.

Die, die damals nicht Gründungsmitglieder waren, sind durch diese Ereignisse nicht gegangen. Die iberischen Länder nicht. Großbritannien nicht. Die Schweiz in besonderem Maße nicht. Die Skandinavier zum Teil auch, ja, da wird mein Argument etwas schwächer, aber bei den Skandinaviern, bei den nordischen Ländern hat doch die nordische Identität und der spezifische nordische Zusammenschluss und auch nicht am Kontinent zu sein, mit Ausnahme Dänemarks, seine Wirkung gehabt. Übrigens, Dänemark ist mit Großbritannien dann beigetreten. Dänemark war jenes Land, das den Sprung sehr rasch gemacht hat. Aber ich wollte diese Bilder nur zeigen. Das waren die Gründe. Nochmals: wirtschaftlich, keine Schwierigkeiten mit transnationalen Lösungen, Hinwendung zum europäischen Einigungsbegriff ganz grundsätzlich und die Erfahrungen und Erlebnisse des Zweiten Weltkrieges haben bei Österreich diese spezifische Rolle gespielt, die ich zusammenfasse unter dem Wort „ein verhindertes Gründungsmitglied“.

[**Christian Lekl**] Sie haben erwähnt, dass es Mitte der 80er Jahre erste Anzeichen gab für eine Veränderung oder eine Weiterentwicklung in der österreichischen Integrationspolitik. Sie selbst haben als Botschafter noch 1984 bei der Ausarbeitung der Luxemburger Erklärung teilgenommen. Worauf

legte man auf offizieller Seite ... also, der offizielle Tenor änderte nichts ... Sie haben erwähnt, dass es eher vereinzelte Stimmen waren, aber der offizielle Tenor in der Außenpolitik noch derselbe war. Worauf legte man in diesen Verhandlungen besonderen Wert?

[**Manfred Scheich**] Über die Luxemburger Erklärung ... Unser Wert war bereits ganz klar die Entwicklung der Beziehungen über den Freihandel hinaus. Das war ja der Inhalt der Luxemburger Erklärung, die übrigens zurückzuführen ist auch auf eine von Kreisky einberufene Tagung der Premierminister, der Regierungschefs, die diesem Thema gegolten hat. Das hat dann in der Folge zu den Verhandlungen und zur Luxemburger Erklärung geführt. Übrigens, die Verhandlungen über die Luxemburger Erklärung habe ich ja damals in der EFTA-Gruppe als österreichischer Botschafter 1983/84 auch für Österreich gemacht. Nun, die Luxemburger Erklärung hat diesem Ziel gegolten, über Freihandel hinaus. Aber zum Unterschied zu unserem späteren, umfassenden oder *global approach* gegenüber der Gemeinschaft war die Luxemburger Erklärung immer noch sektoriell ausgeglichen: Ich weiß nicht, Liberalisierung der Ursprungsregeln, ein besonderes Anliegen der Schweiz, wenn ich mich erinnern kann, und Ähnliches, aber immer nicht umfassend, nicht ganz, sondern sektoriell. Sektoriell, wo jeder seine Anliegen gebracht hat. Österreich hatte landwirtschaftliche Anliegen, punktuelle landwirtschaftliche Anliegen gebracht. Wir Österreicher haben allerdings in diesem Zusammenhang zum Erstaunen und manchmal auch zu leichten Irritationen anderer EFTA-Länder – ich erinnere mich auch an die Schweiz – zu etwas geführt, denn wir haben gesagt, wir brauchen über die Luxemburger Erklärung hinaus eine Art „*Chapeau*“. Warum wollen wir engere Beziehungen mit der Union haben? Und wir Österreicher – und ich erinnere mich, ich selbst – haben vorgeschlagen, wir sollen sagen, dass sich die EFTA-Länder zur Wertegemeinschaft der Europäischen Gemeinschaft bekennen, dass sozusagen der Begriff der Wertegemeinschaft auch uns EFTA-Länder umschließt. Bereits ein politisches Signal, ein ideologisch-politisches Signal, das mir von einigen Verhandlern zum Vorwurf gemacht wurde, wobei gesagt wurde, ich hänge karolingischen Ideen an. Aber das auch nur für die kleine Geschichte. Das war unsere Zusetzung. Und wir haben damals auch, wir Österreicher, den Begriff geprägt – der war allerdings nicht in der Luxemburger Erklärung, den haben wir nur in unseren bilateralen Beziehungen zur Europäischen Gemeinschaft geprägt –, dass uns mit der Europäischen Gemeinschaft eine besondere, qualifizierte europäische Beziehung an die Gemeinschaft bindet. Also, Sie sehen, überall den Fühler vorzugeben und zu sagen, wir sind nicht irgendwelche Drittländer, mit denen man Freihandelsverträge hat, sondern uns bindet eine letztlich politisch-historische, ideologische Beziehung an diesen Integrationsprozess. Das vielleicht kurz zu Luxemburg, aber Luxemburg hat uns, wie Sie ja sehen ... die Erklärung wurde 1984 verabschiedet, aber es hat uns Österreichern sehr bald in keinster Weise genügt.

3. Der Beitritt Österreichs zur Europäischen Union und das Konzept der *global approach*

[**Christian Lekl**] Sie leiten ab 1987 die Sektion für Integrations- und Wirtschaftspolitik im Bundesministerium für Auswärtige Angelegenheiten. Was waren die Zielsetzungen in der Europapolitik nach der Nationalratswahl 1986, in deren Folge die SPÖ und die ÖVP die Regierung bildeten?

[**Manfred Scheich**] Ja, das war, glaube ich – Sie sagen das ganz richtig – der Qualitätssprung in der

österreichischen Europapolitik. Nun zu dem Begriff *global approach*, *approche globale*. Ich glaube, wir haben nie einen ordentlichen deutschen Begriff dafür gefunden, der sich als Schlagwort eignet: eben „umfassende Teilnahme“ zielte ab auf den neuen Integrationsprung der Europäischen Gemeinschaft, nämlich die Schaffung des Binnenmarktes mit seinen vier Freiheiten. Der Freiheit des Handelsverkehrs, des Warenverkehrs, der Freiheit des Dienstleistungsverkehrs, der Freiheit des Kapitalverkehrs und der Freiheit des Personenverkehrs. Also, der Binnenmarkt. Und unsere Meinung war, dieser Binnenmarkt bedarf auch eines Qualitätssprunges in der österreichischen Integrationspolitik. Der bloße Freihandel genügt nicht mehr. Der Sprung zum Binnenmarkt würde ja letztlich doch, blieben wir beim bloßen Freihandel, zur ökonomischen – wenn Sie so wollen – Abkoppelung und Diskriminierung führen. Wiederum für die kleine Geschichte: Ich habe diesen Ausdruck *global approach*, oder besser gesagt in dem Fall französisch *approche globale*, tatsächlich das erste Mal gebraucht bei meinem Abschiedsbesuch bei Präsident Delors damals im Herbst, ich glaube es war Anfang November, 1986. Ich wurde damals wie gesagt mal wieder nach Wien zurückberufen und habe mir überlegt, ich möchte doch irgendetwas von Bedeutung sagen und nicht nur die üblichen höflichen, diplomatischen Klauseln verwenden. Und mir ist eingefallen noch in meinem Büro, ich erinnere ganz genau, man könnte doch sagen, wir wollen die Beziehungen weiter entwickeln, das ist ganz wichtig. Der Binnenmarkt, da muss jetzt mehr geschehen. Und da ist mir eben der Begriff *approche globale* zum Beginn über den Binnenmarkt eingefallen, und ich habe das Delors gesagt, der etwas erstaunt war und gefragt hat: „Was meinen Sie damit?“, worauf ich gesagt habe: „Ja eine umfassende Teilnahme an den vier Freiheiten des Binnenmarktes, und das ist für uns doch wahrscheinlich eine wirtschaftliche, bei den engen Bindungen, die da sind, eine ökonomische Notwendigkeit.“ Und dann stellt er mir die Frage: „Ja, können Sie denn das?“ Ich hatte keine Weisungen aus Wien, muss ich dazu sagen. Können Sie denn das? Und als er das sagte, bin ich innerlich etwas nervös geworden, weil ich mir gedacht habe, und jetzt wird er den Finger legen auf den Begriff des in den Maastricht-Verhandlungen bereits vorhandenen Ansatzes zur gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik, und das wäre mir nicht angenehm gewesen, was Sie verstehen können. Aber nein, er hat Gott sei Dank gesagt, wir wollen ja über den Binnenmarkt hinaus als Ergänzung das Konzept der Wirtschafts- und Währungsunion verwirklichen und insbesondere die Währungsunion als ersten Schritt. Und als er das gesagt hat, war meine Antwort – ich erinnere mich ganz genau: „*Mais pourquoi pas?*“ Der Schilling war, wie Sie wissen, engst gebunden, voll gebunden an die D-Mark.

Nun, das war dieses Gespräch. Und ich bin mit dem Begriff zurückgekommen nach Wien, und das war auch der Moment im Dezember, oder Ende November, der Wahlen zum österreichischen Nationalrat, die dann zur neuen großen Koalition geführt haben und in der ein alter, auch persönlicher Freund, Alois Mock, Vizekanzler und Außenminister wurde. Und es war möglich, diesen Begriff der *approche globale*, wie wir dann gesagt haben – umfassende, volle Teilnahme an den vier Freiheiten des Binnenmarktes –, als Begriff und Ziel der österreichischen Integrationspolitik in die Regierungserklärung im Jänner 1987 unterzubringen. Und ich muss dazu sagen, auch die sozialdemokratische Seite, wenn ich mich erinnern kann, war absolut offen dafür. Es gab ja auch schon damals eben Einzelmeinungen auch aus dem Bereich der Sozialdemokratischen Partei, sich mit der Beitrittsidee doch langsam konkret anzufreunden. Also damit hatten wir jetzt den Begriff *approche globale* als Regierungsziel, ich gehe nur ganz kurz vorwärts. Damit war auch die Weiche gestellt, und in der politischen Logik, in der zwingenden politischen Logik hat das geführt letztlich zum Beitrittsziel, nicht zuletzt deshalb, weil wir sehr rasch und eigentlich recht unbemerkt in die öffentliche Diskussion, in Arbeitspapiere, in Reden, in Erklärungen den Begriff „gleichberechtigte Teilnahme am Binnenmarkt“ eingeführt haben. Darauf kamen sofort die Rückmeldungen aus Brüssel: „Was stellt sich Österreich vor? Man ist entweder Mitglied eines Klubs oder man ist nicht Mitglied eines Klubs, und die Möglichkeit, gleichberechtigt an dem Klubleben teilzunehmen, ohne Mitglied des Klubs zu sein, die ist doch nicht vorstellbar!“ Was dann bei uns wieder natürlich als ein kleiner Detonator oder Katalysator gewirkt hat in der Diskussion. Also, wenn wir dieses als vital erklärte Ziel der umfassenden Teilnahme am Binnenmarkt ... Als vital erklärt, der Ausdruck ist immer wieder gefallen: „Die Teilnahme am Binnenmarkt ist für Österreich vital“... Das hat uns gleichzeitig dann gezwungen einfach, uns wirklich auch offen ... wir haben bewusst zuerst die institutionellen Folgen

des *global approach* ausgelassen, bewusst ausgelassen, um Schocks und verfrühte Diskussionen zu vermeiden. Wir wollten nur voll teilnehmen und haben diese Teilnahme als vital bezeichnet und gleichzeitig dann das Adjektiv „gleichberechtigt“ dazu gesetzt. Diese Begrifflichkeit hat uns dann gezwungen, uns konkret mit dem Beitritt auseinanderzusetzen.

[**Christian Lekl**] Auf den Begriff der gleichberechtigten Teilnahme möchte ich später noch einmal zurückkommen. Das Konzept des *global approach*, so wie es dann in der Regierungserklärung im Januar vorgestellt wurde, beinhaltete aber nicht diese rechtliche Teilnahme eines Beitritts Österreichs zu den Europäischen Gemeinschaften. Sie haben eben gesagt, dieser Aspekt wäre bewusst ausgeklammert worden. Wieso?

[**Manfred Scheich**] Um eine verfrühte Diskussion über die Neutralitätsproblematik zu vermeiden, ganz offen gesagt. Es war ja doch – noch einmal – etwas wie ein Tabubruch, der hier stückweise vorgenommen wurde. Und hier eine Vorbereitung auch für uns selbst. Das war auch für uns selbst, und ich würde auch dazu nehmen den damaligen Außenminister und Vizekanzler Mock ... Es waren schrittweise Entwicklungen einer Meinung und, wenn Sie so wollen, einer Gewöhnung an etwas, was man vorher als weitgehend undenkbar empfunden hat. Und ich glaube, es war richtig und klug, es hat sich als richtig und klug erwiesen. Denn ein schockartiges Sagen im Januar 1987 „Jetzt wollen wir beitreten!“ hätte wahrscheinlich eine heiße, heiße Diskussion über die Neutralität entzündet, die der Entwicklung, einer ruhigeren Entwicklung, einer schrittweisen Entwicklung, einer Gewöhnung an Neues nicht gut getan hätte. Das war der Grund.

[**Christian Lekl**] Das heißt, die Beschränkung auf die wirtschaftliche Dimension in dieser ersten Phase der Integrationspolitik war eine Voraussetzung für den späteren Konsens in der Frage des Beitritts und somit auch für den progressiven Tabubruch?

[**Manfred Scheich**] Ja. War sicher politisch klug und erwiesenermaßen richtig.

[**Christian Lekl**] Und wie versuchte man im Außenministerium, diesen *global approach* durchzusetzen?

[**Manfred Scheich**] Ich habe Ihnen bereits gesagt, es war in der Regierungserklärung, und dann sind wir an die konkrete Arbeit gegangen. Der Ministerrat, der österreichische, hat die so genannte Arbeitsgruppe für europäische Integration geschaffen mit einem Entschluss im Februar 1987. Ich wurde Vorsitzender dieser Gruppe, und diese Gruppe hatte den Auftrag, zuhanden der Bundesregierung eine Studie, eine Analyse zu erstellen, welche – und jetzt einmal – wirtschaftlich-juristisch-technische Schwierigkeiten die Verwirklichung dieses *global approach* stellen würde, also der vollen Teilnahme an den Regeln und den Deregulierungsvorgängen im Binnenmarkt. Ich habe diese Arbeitsgruppe sofort konstituiert, vielleicht ein paar Worte dazu, weil das auch sehr bewusst war. Sie hat sich zusammengesetzt aus Vertretern aller Bundesministerien, mit Ausnahme des Verteidigungsministeriums, weil es ja vorerst einmal der Binnenmarkt-*Approach* war, dann hatte es Vertreter der Nationalbank und der Sozialpartner, also des Österreichischen Gewerkschaftsbundes, der Österreichischen Arbeiterkammer, der Präsidentenkonferenz der österreichischen Landwirtschaftskammern und der Industriellenvereinigung. Ich habe Wert darauf gelegt, dass die Arbeitsgruppe auf der höchsten Beamtenebene konstituiert wird, also auf der Ebene von – ich habe den Begriff schon vorher gebracht – den schon aus der Literatur berühmten Sektionschefs. Die Idee dahinter war, dass es sich um Personen handeln soll, die direkten Zugang zu ihren Ministern haben,

denn der Kontext zur Politik im gesamten Verlauf musste gehalten werden. Sonst bricht ja so etwas, sonst machen Beamte etwas, und die Kommunikation und die Symbiose mit den politischen Entscheidungsstrukturen fehlt. Das ist gelungen, das ist auch durchgehalten worden. Ich habe auch Folgendes gemacht. Das Außenministerium ... Wir haben, ich glaube, sechzehn Arbeitsgruppen gegründet für die verschiedenen Kapitel des Binnenmarktes, wobei ich den Vorsitz dieser Arbeitsgruppen nicht dem Außenministerium vorbehalten habe, sondern ganz bewusst den jeweiligen federführenden Ressorts. Das war auch sehr wichtig, weil damit das Engagement und die Eigenverantwortung dieser Spitzenbeamten unterstrichen worden ist, und damit auch integrativ gewirkt worden ist für die ganze Verwaltung. Nun ja, und dieser Bericht wurde dann im Juni 1988 fertiggestellt. Das nun zu dieser Arbeitsgruppe, die sich, glaube ich, sehr bewährt hat.

[**Christian Lekl**] Was waren die Kernpunkte dieses Berichts, wenn man berücksichtigt, dass ... Sie haben gesagt, er sei im Juni 1988 übergeben worden ... wenn man berücksichtigt, dass im Dezember 1987 der Beitritt zum ersten Mal als Option erwähnt wurde? Spielte dies eine Rolle bei der Ausarbeitung des Berichts?

[**Manfred Scheich**] Die Erwähnung der Option des Beitrittes 1987 war natürlich sehr hilfreich, weil wir dann in dem Bericht Dinge sagen konnten, die wir vielleicht vorher nicht gesagt hätten. Ich würde so sagen: der Bericht ... Option heißt nur Möglichkeit. Der Bericht selber hat dann zum Ergreifen der Option geführt, um das so zu definieren, aber hinter dem Begriff „Option“ gibt es auch eine kleine Geschichte. Die interne österreichische Diskussion hat sich schon bereits während des Jahres 1987 – nochmals: *global approach*, Gleichberechtigung und so weiter – dynamisiert, und es entstand das Gefühl 1987, wir können langsam von der Möglichkeit – und das war immer die Vorsicht ... die Möglichkeit des Beitritts in Betracht ziehen, was ja war vorher nie war, und da gibt es wie gesagt auch eine kleine Geschichte, die, glaube ich, in meinem Buch ist. Ich weiß nicht, ob sie hierher soll.

Wir haben an und für sich nur einen Zwischenbericht geliefert über Außenminister Mock an den Ministerrat über den Fortgang der Arbeiten in der Arbeitsgruppe „Europäische Integration“, in dem ich noch geschrieben habe, in dem ersten Entwurf, ohne das Wort Beitritt zu erwähnen, im Entwurf: „Die Fortentwicklung der österreichischen Integrationspolitik mit dem Kernpunkt *global approach* wird sich unter Berücksichtigung des sich ändernden oder sich entwickelnden europäischen Umfeldes ergeben.“ Also mit einer sehr, sehr vorsichtigen Formulierung. Und es ist mir dann einfach eingefallen, warum soll man nicht wirklich das Wort Beitritt als mögliche Option in dieser Entwicklung verwenden? Und ich habe mich mit Dr. Mock an einem Samstagvormittag – der Ministerrat ist immer am Dienstag – in einem Kaffeehaus in Wien, das Café Landtmann, ein berühmtes Kaffeehaus in Wien, getroffen, auf Basis aber dieses Entwurfes und habe dann gesagt, „Was meinst du dazu, dass man vielleicht vorsichtig, nicht sagt ‚Wir wollen jetzt beitreten‘, sondern die Option, die Möglichkeit eines Beitrittes im Zusammenhang mit der europäischen Gesamtentwicklung erwähnt?“. „Ja“, sagt er, „wie?“ Er war durchaus offen, weil Sie wissen, er war in diesem europäischen Gedanken tief engagiert, und ich habe auf eine Serviette aufgeschrieben, auf eine Serviette aufgeschrieben: Ja, man könnte sagen „In diesem Zusammenhang wird die Option eines Beitrittes unter Berücksichtigung der Bedingungen, die sich aus der österreichischen Neutralität ergeben, nicht ausgeschlossen“. Ich glaube, so war die Formulierung: „nicht ausgeschlossen“. Und er hat gesagt, ja, das muss man natürlich mit dem Koalitionspartner absprechen. Ich soll ihn am Montagvormittag anrufen, und er wird es sich über das Wochenende überlegen. Ich rief dann am Montagvormittag an, er war in irgendeiner Sitzung, hatte aber ohne Zweifel schon seine Kontakte gehabt – das will ich gar nicht sagen –, war aber irgendwie ... hat keine Zeit gehabt und hat gesagt: „Schreib das rein, mach, was du willst.“ Ja, und dann kam dieser Passus über die Eröffnung der Option des Beitrittes in den Bericht herein, dem auch, das muss man sofort sagen, selbstverständlich der Bundeskanzler vorher zugestimmt hatte. Da gab es natürlich Kontakte zwischen Vizekanzler und Außenminister und Bundeskanzler. Aber das zur kleinen Geschichte. Es war auch so ein plötzlicher

Sprung, der da erfolgt ist, und wie gesagt, der dann zum Ergreifen der Option in der Folge geführt hat, und zum Ergreifen der Option hat der Bericht der Arbeitsgruppe, glaube ich, ein gutes Stück beigetragen.

[Christian Lekl] Und inwiefern trug dieser Bericht zu einer Neuinterpretation des Neutralitätsbegriffes bei?

[Manfred Scheich] Ja, folgendes ... Also, was den eigentlichen Inhalt des Binnenmarktes betrifft und das eigentliche Mandat – welche Schwierigkeiten ergeben sich für Österreich allenfalls daraus? – war die Konklusion, es ergeben sich keine unüberwindlichen Schwierigkeiten für die umfassende Teilnahme unseres Österreichs an dem Binnenmarkt. Das war also jetzt mandatskonform. Und das war der Befund eben all dieser Arbeitsgruppen und all der hochrangigen Kollegen aus den verschiedenen Ministerien und selbstverständlich der Sozialpartner. Dann gab es aber einen allgemein politischen Teil, das waren die ersten fünfzehn oder zwanzig Seiten, den ich selbst geschrieben habe und in dem ich dann auch auf die Frage der Neutralität eingegangen bin, und zwar ausgegangen bin davon, von der Souveränität, von der Souveränität. Das war der Ausgangspunkt für mich. Und zwar, Sie erinnern sich, ich habe gesagt, man könnte fast sagen, volle Souveränität und immerwährende Neutralität sind praktisch ... waren von uns angesehen worden als zwei Seiten einer Medaille. Denn die Überlegung war, ich kann der internationalen Staatengemeinschaft glaubhaft nur dann versprechen, im Konfliktfall neutral zu bleiben ... Denn das Versprechen der immerwährenden Neutralität ist ja für potenzielle Fälle in der Zukunft. Das ist ja das Entscheidende: Es ist nicht eine punktuelle Neutralität – in diesem Krieg erkläre ich mich als neutral, das kann man immer machen –, sondern die immerwährende Neutralität ist ein Versprechen für alle Zukunft, in künftigen Konflikten neutral zu sein und das Neutralitätsrecht einzuhalten. Und dieses Versprechen kann ich glaubhaft nur abgeben, wenn ich natürlich Herr meiner Entscheidungen bin, meiner souveränen politischen Entscheidungen und meiner souveränen Handlungsfreiheit bin. Das war die Idee: Souveränität und Neutralität.

Und nun habe ich in diesem Bericht eine zugegebenerweise sehr suggestive Frage gestellt: Ausgehend davon, dass, was bedeutet denn Souveränität in einer Welt wie unserer Welt, die von einem noch nie dagewesenen Grad an Interdependenz, an gegenseitiger Abhängigkeit geprägt ist, und dann die Frage: Wer ist neutraler? Jener, der sich wohl formal die weiße Unabhängigkeitsweste ohne jeden Flecken behält und formal sich seine Souveränitätsrechte wahrt auf allen Gebieten, der aber faktisch in dieser interdependenten Welt abhängig ist von Entscheidungen, die in jenen anderen Staaten, Zusammenschlüssen, Staatengruppen oder überhaupt international – ich habe natürlich auf Staatengruppen abgezielt, die relevanten Partner – für das Leben und für das Gedeihen und für die Prosperität des souveränen Landes entscheidend sind? Ist jener ... und aber gleichzeitig alles das mitmachen und nachvollziehen müssen, wie wir gesagt haben, nachvollziehen müssen, was diese für ihn relevante Gruppe tut. Oder ist jener souveräner in Wahrheit, der dieser Gruppe als mitgestaltendes Mitglied angehört und damit auch seine Zukunft gestaltet? Zugegebenerweise eine etwas weitgehende Interpretation, wenn man sich die vorherigen Gedanken unseres Neutralitätskonzeptes ansieht, aber eine plausible Interpretation, die eigentlich dann nicht auf Widerspruch gestoßen ist, also die Uminterpretation des Souveränitätsbegriffes in unserer Zeit der großen Interdependenz zwischen den Staaten. Und daraus eben den Schluss gezogen: Wir müssen auch den Souveränitätsbegriff heute anders sehen, anders interpretieren, und das hat seinen Rückschluss auf letztlich auch die Interpretation und das Sehen der Neutralität in unserer Welt. Das war ...

[Christian Lekl] Wir haben gehört, die Option zum EG-Beitritt wurde zum ersten Mal im Dezember 1987 erwähnt. Die Option wurde dann ergriffen im Frühjahr 1989. Und kurz vorher, im Januar 1989, schlägt Jacques Delors die Schaffung eines Europäischen Wirtschaftsraumes vor, was ja eigentlich

von der Idee her dem *global approach* entsprach. War dieser Europäische Wirtschaftsraum zu dem Zeitpunkt für Österreich noch eine ernst zu nehmende Alternative?

[**Manfred Scheich**] Nicht für mich. Und sicher auch nicht für den Außenminister, und ich kann hier für den führenden Bundeskanzler jetzt nicht sprechen, aber ich glaube, ich glaube, alle waren bereits klar auf dem Wege zum Beitritt. Nur war die Initiative des Europäischen Wirtschaftsraumes, der, wie Sie richtig sagen, im Grunde genommen nichts anderes war als die Teilnahme von Außenseitern, also von Nicht-Mitgliedern, am Binnenmarkt – das war's – gedacht als eine Maßnahme, als ein *move*, ein *move*, Österreich von seinem vielerseits als lästig angesehenen Beitrittsbestreben abzubringen und Österreich wieder in den Schoß der EFTA-Partner zurückzuführen. Das haben auch EFTA-Partner im ersten Moment so gesehen, und ich glaube, das kann man nicht dokumentarisch beweisen, dass es zwischen den nordischen Ländern und Präsident Delors im Vorfeld seiner Erklärung vor dem Europäischen Parlament im Jänner 1989 ... dass es solche Kontakte mit den nordischen Ländern gegeben hat. Wir waren nicht eingeschaltet, offiziell gar nicht, um diesen Weg zu gehen, also Österreich auch in den Schoß der EFTA-Länder zurückzubringen.

Für die kleine Geschichte wieder: Ich wurde noch am Abend der Erklärung Delors von meinem schwedischen Kollegen Ulf Dinkelspiel angerufen, der gesagt hat: „Also, hast du schon gehört? Dieser Europäische Wirtschaftsraum, der gibt euch genau das, was ihr wollt, den *global approach*, die Teilnahme am Binnenmarkt, und jetzt könnt ihr doch von diesem doch sehr fraglichen Beitrittsweg absehen.“ Das ganz klar das Signal aus Stockholm, ich glaube, das illustrativ ist. Wenig später hat mich mein Schweizer Kollege Franz Blankart angerufen, der damals, glaube ich, Staatssekretär war oder knapp darauf wurde, der dann auch der Chefverhandler – das war ich übrigens auch – für den EWR war, und der gesagt hat, und zwar sehr klug gesagt hat, sehr klug gesagt hat: „Naja, aber glaubst du nicht, das ist doch an und für sich ein Satellisierungskonzept, denn man lässt uns teilnehmen, aber Mitgestaltung wird uns natürlich nicht offeriert.“ Er hatte völlig Recht, das war auch mein wesentliches Argument in Österreich dann. Nur um noch einmal zu Franz Blankart zurückzukommen: Er unter den spezifischen Schweizer Bedingungen musste dann in den Verhandlungen über den Europäischen Wirtschaftsraum versuchen, dieses Satellisierungskonzept wegzubiegen in etwas wie echte Mitbestimmung. Er musste das tun natürlich für die Schweiz, für die Schweizer Politik. Und ist letztlich damit gescheitert, und er ist nicht gescheitert aus irgendwelcher Inkompetenz, sondern er ist gescheitert an politischer Wirklichkeit, Notwendigkeit für ihn in der Schweiz. Aber er hat es in der ersten Sekunde richtig erkannt. So, und für uns war es, und das war auch Ihre Frage... Natürlich, es hat ein paar für mich persönlich unbehagliche Tage gegeben, weil man auch nicht wusste, wie werden wir, wie wird jetzt in Österreich breit reagiert werden, denn die Probleme waren ja nicht gelöst, und wir kommen darauf, das war ja nach wie vor eine *uphill battle*, der Weg zum Beitritt. Und ich habe selber sofort ein Memorandum an Minister Mock geschrieben und eben vor allem ganz klar unterschrieben, was das Konzept des EWR bedeuten würde. Es würde nicht die gleichberechtigte Teilnahme, auf die wir uns ja festgelegt haben, an dem Integrationsprozess bringen. Und nach einigen Schwankungen auf verschiedenen Gebieten ist die Bundesregierung – Bundeskanzler und Außenminister als die entscheidenden Spieler – absolut gestanden, und wir haben dann loyal an der Verwirklichung und den Verhandlungen teilgenommen. Ich selber habe für Österreich teilgenommen an den EWR-Verhandlungen, ein bisserle *tongue-in-cheek*, wie man sagt, aber wir haben den Beitrittsweg, wie es ja bekannt ist, unbeeindruckt und unbeeinflusst weiter verfolgt. Die EWR-Verhandlungen haben sich übrigens als keine verlorene Zeit erwiesen, im Gegenteil, denn in den EWR-Verhandlungen schon hatten wir ja den ganzen Binnenmarkt-Komplex wegverhandelt, ausverhandelt, sozusagen. Und das hat es möglich gemacht, dass unsere eigentlichen Beitrittsverhandlungen später nur ein Jahr gedauert haben. Weil der große, auch technisch und ökonomisch anspruchsvolle und rechtlich anspruchsvolle Binnenmarktkomplex war bereits in den EWR-Verhandlungen ausverhandelt.

[**Christian Lekl**] Wie erwähnt, ein paar Monate später wird im Ministerrat dann die Option des EG-Beitritts ergriffen. Wie war die Reaktion im Ausland und vor allem bei den EFTA-Partnern? Fühlten die sich nicht bedrängt durch diese neue Initiative Österreichs im Hinblick auf eine Mitgliedschaft zu den Europäischen Gemeinschaften?

[**Manfred Scheich**] Sehen Sie, der gesamte Beitrittsweg, den wir begonnen haben an der Jahreswende 1986/87 war eine *uphill battle* – wie sagt man das auf Deutsch? ein Kampf bergauf – mit etwa vier schwierigen, nennen wir es Partnern aller Art. Zuerst einmal natürlich Moskau, zuerst einmal Moskau. Die Reaktion Moskaus bis in den August 1989, wohlgemerkt: August 1989, war die folgende: Verständnis für den österreichischen Wunsch, die ökonomische Zusammenarbeit wesentlich auszudehnen, also das *global approach*-Konzept, wenn Sie so wollen, aber Unverständnis dafür, kritisches Unverständnis dafür, und das war immer der Ausdruck: Wie wollen Sie Ihre Mitgliedschaft in einer Gemeinschaft argumentieren und rechtfertigen, die gerade auf dem Wege ist – Maastricht-Verhandlungen –, eine gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik mit militärischen Aspekten – das war immer der Zusatz – mit militärischen Aspekten zu entwickeln? Wie wollen Sie das, Ihre volle Zugehörigkeit, den Beitritt zu einer solchen Gemeinschaft, mit Ihrer immerwährenden Neutralität vereinbaren? Unsere Antwort war immer: Wir sagen, wir treten bei unter Bedachtnahme auf die Neutralität, und die Aufrechterhaltung der Neutralität ist eine Voraussetzung, eine Bedingung, wir gehen davon aus, ... Das waren die wechselnden Ausdrücke. Ich erinnere mich an viele Besuche des sowjetischen Botschafters bei mir, aber auch beim Außenminister, wo im ... Der Botschafter hat geheißen Gennadi Schikin, der immer wieder diese Linie verfolgt hat: Wirtschaftlich haben wir Verständnis dafür, übrigens auch immer hinzugefügt: Auch wir wollen ja mit dieser Europäischen Gemeinschaft zusammenarbeiten – also eine grundsätzliche Änderung bereits gegenüber den ersten Jahren, den 60er, 70er Jahren, wie ich es geschildert habe –, aber ein Beitritt, wie wollen Sie das vereinbaren? Unsere Antwort war, wie ich sie vorhin schon definiert habe. Es war in gewisser Weise ein *dialogue de sourds*, also ein Dialog zwischen zwei Tauben. Noch dazu zu sagen, dass die sowjetische Haltung zum Ausdruck gebracht wurde immer in der Form der Fragestellung, wie auch ich sie jetzt gewählt habe. Wie wollen Sie das vereinbaren? Mit dem klaren Unterton: Das ist nicht vereinbar. Aber immer die Fragestellung, nie etwas ..., nie jemals das Gefühl des massiven oder gar brutalen Drucks, immer die Fragestellung. Und das hat sich fortgesetzt auch bei dem Besuch dann von Außenminister Mock in Moskau im September 1988, dem dann auch ein Besuch von Bundeskanzler Vranitzky etwas später in Moskau gefolgt ist.

[**Christian Lekl**] Einerseits qualifizieren Sie dieses Verhältnis als einen *dialogue de sourds*, andererseits heben Sie die Bedeutung hervor vor allem von den beiden Besuchen von Mock im September 1988 bei seinem Kollegen Schewardnadse und dann noch einen Monat später von Kanzler Vranitzky. Worin liegt denn diese besondere Bedeutung dieser beiden Besuche?

[**Manfred Scheich**] An der Ebene. An der Ebene. Dass es Besuche waren wirklich auf höchster Ebene. Zuerst der Außenminister mit Mock/Schewardnadse und dann die Regierungschefs. An der Ebene. Aber die Fragestellung blieb immer die gleiche. Und ich war nur persönlich anwesend bei dem Besuch Mocks. Nochmals, Schewardnadse im Frägeton, und im Übrigen – und das möchte ich erwähnen – hat Schewardnadse damals eine Bemerkung gemacht, die prophetischen Charakter hatte, wobei ich nicht glauben kann, dass er diese Prophezeiung, wie sie dann und in welcher Dramatik sie dann eingetreten ist, damals schon verstanden hat. Er hat nämlich gesagt dann, nachdem er die Vereinbarkeit oder Unvereinbarkeitsposition in Frageform dargelegt hat, aber vorausgesetzt, dass der Prozess der Abrüstung und der Kooperation im KSZE-Zusammenhang dynamisch und positiv in Europa weitergeht, kann man sich vorstellen, dass so etwa Mitte der 90er Jahre – das war seine Datierung: Mitte der 90er Jahre – sich eine Situation ergibt, in der sich auch jetzt diese österreichische Ambition des Beitrittes zur Europäischen Gemeinschaft und zur Europäischen Union in einem ganz

neuen Licht darstellt. Das war prophetisch. Das wurde auf österreichischer Seite – nicht auf der hohen politischen Seite und auch nicht von uns – ein bisschen interpretiert als „grünes Licht“, das war dann auch in den österreichischen Medien zu sehen aus Moskau, das ist nicht ganz richtig, weil natürlich auch den begleitenden Journalisten, natürlich nicht von mir, aber sicherlich sind natürlich auch Bemerkungen diesbezüglich gemacht worden, also naja „grünes Licht“... Das war es nicht, das war es in dem Sinne nicht, die sowjetische Position hatte sich nicht geändert, insbesondere die Bürokratie des sowjetischen Außenministeriums war auch in ihrer Tonart und in ihrer Semantik härter, als es auf der politischen Ebene Schewardnadse war. Aber diese prophetische Erklärung, die werde ich nie vergessen. Unsere Antwort war immer auch die Mocks, die Neutralität wird gewahrt, da ist keine Frage, und unser Beitritt kann und wird nur unter Wahrung dieser Neutralität erfolgen. Das war immer die österreichische Linie und die war auf den Tisch gelegt. Punkt.

[**Christian Lekl**] Im September 1991, anlässlich eines weiteren Besuches von Franz Vranitzky in Moskau, erklärte Gorbatschow, dass die Sowjetunion sich nicht gegen einen Beitritt Österreichs zu den Europäischen Gemeinschaften stellen würde. War dieses Absegnen zu dem Zeitpunkt eigentlich noch notwendig?

[**Manfred Scheich**] Ich glaube, es war nicht notwendig, wenn Sie so wollen, es war nur die, sagen wir, Bestätigung einer sich neu entwickelt habenden Situation, nicht? Es war, wenn Sie so wollen, eine Bestätigung der neuen Parameter, die Schewardnadse, wenn Sie so wollen, für Moskau ursprünglich in die Mitte der 90er Jahre unter gewissen Bedingungen gelegt hat. Ich würde nur sagen, wir haben nie eine Bestätigung erwartet, weil wir in dieser Frage immer, und ich würde sagen, fest, wenn nicht eisern gestanden sind: Österreich geht seinen souveränen Weg, es ist souveräne Angelegenheit Österreichs zu sagen, dass und wie die Neutralität und warum die Neutralität auch bei einem Beitritt aufrecht erhalten bleibt und aufrecht erhalten wird. Also, wir haben nie Bestätigungen erheischt, wir haben nie Bestätigungen erwartet, das war übrigens, und immer wieder zu sagen, auch für uns, seit 1955. Wir haben ja die Neutralität nicht in einem Vertrag mit den Signataren niedergelegt, sondern wir haben in einem Aide-mémoire im Kontext des Staatsvertrages erklärt, wir werden die immerwährende Neutralität nach dem Muster der Schweiz – insbesondere hat für uns die Schweiz immer eine Rolle gespielt –, nach dem Muster der Schweiz erklären. Und die Neutralitätserklärung ist nicht Teil des Staatsvertrages, sondern beruht auf einem rechtlich souveränen Gesetzgebungsakt des österreichischen Parlamentes. Also immer: Wir interpretieren die Neutralität im Rahmen natürlich des geltenden Völkerrechts. Daher habe ich nur – das wollte ich erwähnen, weil Sie das Wort „Bestätigung“ gesagt haben – eine politische Situation bestätigt, aber es war keine Bestätigung im Sinne eines, sagen wir, von uns erheischten grünen Lichtes.

Die EFTA-Partner haben natürlich unseren ... schon den *global approach* von Anbeginn, schon den *global approach* zum Teil ironisiert. Das konnte man natürlich tun: Was stellt ihr euch da vor? Aber sie haben sicher unser Vorgehen von Beginn an als eine Art Loyalitätsbruch angesehen. Denn wir haben gerade gemeinsam die Luxemburger Deklaration verabschiedet, wir waren in der Verwirklichung der Luxemburger Deklaration, und jetzt springt Österreich aus. Und dieses Missfallen – nennen wir es Missfallen – seitens unserer EFTA-Partner hat sich natürlich sicher auch in Interventionen zum Ausdruck gebracht, bei denen wir nicht dabei waren. Ich erinnere an doch letztlich die Initiative Delors zum EWR ... hat uns einige unangenehme Momente verursacht. Wir hatten zum Beispiel – und das will ich nicht verleugnen – von schwedischer Seite ... Der Staatssekretär im Außenministerium, der noch im Umfeld, im zeitlichen, und nach den Besuchen Mock und Vranitzky in Moskau im Herbst 1988 erklärt hat, dass ein Beitritt zur Europäischen Gemeinschaft oder Union mit dem schwedischen Neutralitätsverständnis nicht vereinbart ist. Und das war, das können Sie uns glauben, nicht angenehm für uns, das war nicht angenehm, auch innenpolitisch nicht angenehm. Und das war natürlich außenpolitisch nicht angenehm, denn wir sind noch vor dem Fall des Eisernen Vorhangs. Also, und die nordischen Länder haben sich für den

Beitrittsweg ja erst, erstens einmal, zwei Jahre nach uns für den *global approach* entschieden, beim EWR, und dann erst nach dem Fall des Eisernen Vorhangs und nach den EWR-Verhandlungen, und ich würde sagen, auch unter dem Eindruck der EWR-Verhandlungen, die das Auge ja geöffnet haben, zum Beitritt entschlossen. Also die EFTA-Partner haben uns sicher nicht immer geholfen.

Nächste Front: Brüssel. Brüssel war sehr lustlos, würde ich sagen, was eine neue Erweiterung betrifft, und insbesondere durch Neutrale, denn man war in den Maastricht-Verhandlungen. Man war dabei, das Ziel der Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik festzulegen. Übrigens immer wieder zu sagen ganz interessant: Erst nach dem Fall des Eisernen Vorhangs hat man sich auf dieses Ziel verständigt. Es würde doch jeder naive Beobachter sagen, das hätte ja gerade früher noch wichtiger sein sollen. Nein, nein, gar nicht, weil alle vorher ... jetzt gehen wir nicht ... Das ist nicht unser Thema, aber alle Ansätze vorher, hier die Europäische Gemeinschaft auf dem Gebiet der Außen- und Sicherheitspolitik voranzubringen als handelnde Einheit, sind immer gescheitert, weil von vielen der Partner, auf Seite vieler der EU-Mitgliedsländer der Eindruck bestanden hat, man darf nichts tun, das die westliche *Alliance* und insbesondere das Engagement der Vereinigten Staaten für die Sicherheit, irgendwo schwächen oder in Frage stellen oder relativieren könnte. Nach Maastricht ... nach dem Fall ... nicht die Verhandlungen zu Maastricht, aber das Ziel und seine Ausführung erst nach dem Fall des Eisernen Vorhangs. Gut.

Also, jetzt, die EU ist in den Maastricht-Verhandlungen, wenig Lust natürlich, hier mit einem Neutralen was zu unternehmen. Dann kamen damals schon die Worte auf ... Ja, man musste den Binnenmarkt ja auch noch verdauen ... und damals kamen schon die Worte auf, erst Vertiefung und dann erst neue Erweiterung. Und im Übrigen möchte ich immer wieder sagen, was in den Sonntagsreden und überhaupt in den politischen Erklärungen nie gesagt wird: Vertiefung heißt nichts anderes, kann nichts anderes heißen als die Stärkung der supranationalen Natur der Union, und das will man eben nicht, oder das tut man nicht, oder dazu kann man sich nicht durchringen, aber das nur eine Seitenbemerkung. Vertiefung vor der Erweiterung, genaues Achten auf die Integrität der Institutionen, das Klima und die Haltung der EU bei der Osterweiterung war eine völlig verschiedene dann, gegenüber uns war eine viel striktere Haltung noch interessanterweise als viel später. Das kann man im Einzelnen sehr schön nachweisen, und wie gesagt große Lustlosigkeit, ich würde den Begriff sagen, auf Seite der Gemeinschaft. Diese Lustlosigkeit ist bei einigen geblieben bis zum allerletzten Moment. Darauf später. Das also die europäische ... Das also Brüssel. Der dritte Partner.

Und dann hatten wir natürlich auf diesem Weg auch gewisse innerösterreichische Bedenken – nennen wir es so – zu überwinden, eben vor allem im Zusammenhang mit der Neutralität. Ohne Zweifel, ohne Zweifel. Und insbesondere auch innerhalb der sozialdemokratischen Partei, wobei ich aber sagen möchte, der Bundeskanzler ist hier immer ... der Bundeskanzler Vranitzky ist immer klar gestanden. Er hatte eine schwierige, eine nicht leichte Parteimeinung mitzunehmen, die er mitgenommen hat, die er mitgenommen hat damals in dem entscheidenden Treffen, Konferenz der höchsten Parteigremien oder des höchsten Parteigremiums im April 1989. Aus dem dann noch eine zum Teil sehr belastete, mit Bedingungen recht belastete Erklärung herauskam. Aber am Ende war: „Die Option zum Beitritt wird ergriffen.“ Das war das Entscheidende. Also, der Bundeskanzler hat seine Partei mitgebracht, aber manchmal musste es mit Geduld und einem gewissen Nachdruck und einer gewissen Beharrlichkeit geschehen. Und er hatte natürlich in Mock hier einen sehr entschlossenen Partner, und dieses Gespann Vranitzky/Mock hat diesen historischen Weg politisch möglich gemacht. Man muss hier beiden politischen Persönlichkeiten den Lorbeer überreichen.

[**Christian Lekl**] Ich möchte die Frage der Neutralität noch kurz vertiefen. Im Beitrittsge such vom Juli 1989 steht als Zusatzpassus über die österreichische Neutralität: „Österreich geht bei der Stellung dieses Antrages von der Wahrung seiner international anerkannten Status der immerwährenden Neutralität, die auf dem Bundesverfassungsgesetz vom 26. Oktober 1955 beruht, sowie davon aus, dass es auch als Mitglied der Europäischen Gemeinschaften aufgrund des Beitrittsvertrages in der Lage sein wird, die ihm aus seinem Status als immerwährend neutraler Staat erfließenden rechtlichen

Verpflichtungen zu erfüllen und seine Neutralitätspolitik als spezifischen Beitrag zur Aufrechterhaltung von Frieden und Sicherheit in Europa fortzusetzen.“ Wie kamen dieser Zusatz und seine Formulierung zustande?

[**Manfred Scheich**] Also, der Ausgangspunkt war immer noch der berühmte Optionspassus im Ministerrat, der vom Ministerrat abgesegnet wurde Ende 1987. Dort sind wir. Die Option „unter Bedachtnahme auf die Erfordernisse der immerwährenden Neutralität“. Dort sind wir bei der Grundformel. Diese Grundformel wurde immer gehalten. Dann ging es darum natürlich, wie formulieren wir den Neutralitätspassus im Beitrittsantrag? Da hatten wir vorerst auf Beamtenebene natürlich zwischen Außenministerium und dem Verfassungsdienst des Bundeskanzleramtes Gespräche. Wir haben uns auf etwas sofort geeinigt. Wir wollen nur einen allgemeinen Passus haben, und das ist ein allgemeiner Passus. Wir wollen nicht haben, dass wir jetzt durch den *Acquis* durchgehen und irgendwo schauen ... und da wären gewisse Staatsvertragsformulierungen gewesen – auf ökonomischem Gebiet übrigens –, die unter Umständen hier eine gewisse Widersprüchlichkeit zwischen Neutralitätsinterpretation und *Acquis* haben können. Weil wir gesagt haben, eine allgemeine Formulierung und nicht belastende, die sich allenfalls in Verhandlungen als überhaupt irrelevant herausstellen, Formulierungen zu treffen. Das war einmal eine sehr wichtige Frage, die auch sofort von der Politik abgesegnet wurde. Und dann haben wir vielleicht um zwei Dinge eine Weile Interpretations- oder nein: Formulierungsverhandlungen gehabt, die dann auch letztlich gelandet sind auf der Ebene Außenminister, Vizekanzler und Bundeskanzler. Und zwar: Der Außenminister, das Außenministerium haben sich vorgestellt, mehr oder weniger bei der Formulierung zu bleiben wie schon damals, ganz kurz „unter Bedachtnahme auf die sich aus der immerwährenden Neutralität erfließenden Erfordernisse“, und dann auch noch auf Grund des Brüsseler Klimas – vergessen Sie nicht, wir haben ja damals auf Brüssel geschaut die ganze Zeit! – und gleichzeitig anzuschließen auch ein – lassen Sie mich das etwas ironisch sagen – ein glühendes Bekenntnis zum Integrationsgedanken und zur europäischen Integration. Und dazu zu balancieren, politisch. Während der Verfassungsdienst und das Bundeskanzleramt gesagt haben: Nein, wir wollen auch einen Hinweis haben auf die Fortsetzung unserer Neutralitätspolitik, denn die Neutralität ist ja nicht nur ein totes – durchaus ein legitimes Argument –, ein totes rechtliches Instrument. Also, Hinweis auf die Neutralitätspolitik und dann auch ... das Bekenntnis, das ausdrückliche, zur Integration ist wirklich nicht notwendig, das tun wir ja schon durch den Antrag. Und das haben wir schon oft genug gesagt. Kurz bleiben. Hinter diesen zwei Positionen ist es geblieben. Zuallerletzt haben wir uns auf das geeinigt, was da ist. Da es eine allgemeine Formulierung, das ist das wirklich Wichtige. Weggefallen ist vorerst einmal das Bekenntnis zur Integration, und dann aber ist doch aufgegriffen worden auch die Neutralitätspolitik, also Neutralität als spezifisches, auch politisches Instrument, Beitrag, Aufrechterhaltung für Frieden und Sicherheit in Europa. Das war's! Und so ist es zustande gekommen. Also, es gab hier keine, ich würde nicht sagen, keine grundsätzliche Unvereinbarkeiten in den Positionen, es schlägt sich auch hier nieder die Intensität, mit der vielleicht auf verschiedenen Seiten der Neutralitätsfaktor berücksichtigt wurde.

[**Christian Lekl**] Und wie kam es zur endgültigen Festlegung auf den Neutralitätsbegriff im Vorfeld der Beitrittsverhandlungen?

[**Manfred Scheich**] Ja, das war dann eine längere Geschichte. Sie haben noch sehr viele Fragen, wie ich sehe. Die Schlüsselworte dabei sind die Begriffe „Österreich bekennt sich zu den Zielen der gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik und wird an deren Verwirklichung – und jetzt kommen die beiden Begriffe – ‚aktiv und solidarisch‘ teilnehmen“. Die beiden dynamischen Begriffe, damit ist es dann ... Das war dann praktisch die Lösung auf verschiedenen Zwischenstationen. Wichtige Zwischenstationen, bei denen wir die Initiative ergriffen haben, waren diese beiden österreichischen Memoranden. Das österreichische Memorandum vom Jänner – beziehungsweise im Jänner haben wir

es geschrieben, im Februar haben wir es überreicht – 1990 unter dem Eindruck der neuen politischen Geographie in Europa. Dieses Memorandum wurde vielfach als zweites österreichisches Beitrittsge such oder als zweiter österreichischer Beitrittsantrag interpretiert in den Korridoren von Brüssel. Warum? Wir haben dem Memorandum ... Ich habe mit einem Mitarbeiter dieses Memorandum verfasst. Das war Botschafter Lektman n übrigens, der später österreichischer Botschafter in Luxemburg war, und daher die besondere Erwähnung auch. Ein starker integrationistischer Tenor, der im Beitrittsge such übrigens, im formellen Beitrittsantrag weggefallen war; dann Bekenntnis, ausdrückliches Bekenntnis zu den Zielen der Verträge inklusive des *Acte unique*, gleich den Schlüsselbegriff das erste Mal „Solidarität bei der Verwirklichung“ der Gemeinschaftsverträge, also der Weiterentwicklung der Gemeinschaftsverträge, und das wurde dann der Schlüsselbegriff für die GASP, also für die Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik, und dann ein paar Formulierungen, die wir vorher nicht ... Das war das Memorandum, und dieses Memorandum ist in Brüssel auch als Aide-mémoire erkannt worden, als eine Art zweiter Antrag, und es hat sicher beigetragen zum Abbau von Vorbehalten in Brüssel. Wir haben aber die Überreichung dieses Memorandums und insbesondere in bilateralen Gesprächen Mocks mit Vertretern von Mitgliedsländern und der Union immer wieder gebraucht. Das waren Aussagen, die Mock als ein „speaking-Notiz“ gehabt hat, in der dann Aussagen mündlich waren: „Europas Sicherheit ist Österreichs Sicherheit“, „Österreich ist selbstverständlich und automatisch ein Teil der europäischen Sicherheit“, „Österreich hat keine Berührungsängste im Zusammenhang mit einer Sicherheitspolitik der Europäischen Union“. Das, wie gesagt – aber es ist ganz interessant – Ausdrücke Mocks in *speaking notes* in verschiedenen Kontakten mit Vertretern der Europäischen Union. Sie sehen also, hier Abbau der Vorbehalte in Brüssel, an sich Selbstverständlichkeiten, aber wie gesagt, ein Tenor, ein politischer Tenor, der neu und vor allem vorausblickend [ist] und eine gewisse Dynamik erahnen lässt.

Und dann kam ein zweites Memorandum dazu, ebenfalls in der entsprechenden Richtung, im Juni 1992. Und da sind dann die Ausdrücke „Österreich identifiziert sich voll inhaltlich mit den Zielsetzungen der GASP“ und wird sich an deren dynamischer Weiterentwicklung – und jetzt kommt's – „aktiv und solidarisch“ beteiligen. Also immer wieder dieser Druck, den wir gemacht haben, aber immer wieder Zielsetzung Brüssel und Brüsseler Vorbehalte und Vorbehalte in Mitgliedsländern. Auch war es: „Österreich ist sich bewusst, dass seine nationale Sicherheit mit der Sicherheit – ich erinnere mich noch ganz genau an das Schreiben – in und von Europa, der Sicherheit in und von Europa untrennbar verbunden ist.“ Also sehr, sehr suggestive Aussagen, und in diesem semantisch-politischen Prozess haben wir dann praktisch die Lösung des Problems – vor allem gegenüber Brüssel und immer wieder Zielsetzung Brüssel und Vorbehalte Brüssels – entwickelt.

[Christian Lekl] Im Dezember 1992 beschließt der Europäische Rat in Edinburgh, die Beitrittsverhandlungen Anfang 1993 aufzunehmen. Sie selbst werden auf Botschafterebene mit der Führung der Verhandlungen betraut, die am 1. Februar offiziell beginnen. Was waren neben der schon erwähnten Neutralitätsfrage die Themenfelder, bei denen noch der größte Verhandlungsbedarf bestand?

[Manfred Scheich] Ja. Also, ich habe schon vorhin gesagt, das Binnenmarktkapitel war praktisch abgehakt durch die EWR-Verhandlungen, also die Verhandlungen über den Europäischen Wirtschaftsraum. Zusammen übrigens mit den anderen Beitrittsbewerbern dann schon, nämlich Schweden, Finnland und noch Norwegen. Sie wissen ja, der norwegische Beitritt ist ja dann letztlich nur an einem norwegischen Referendum nach den Beitrittsverhandlungen gescheitert. Norwegen bleibt daher ein Mitglied und Teil des Europäischen Wirtschaftsraumes. Das war weg.

Dann hatten wir natürlich das Kapitel – und das hat bis in die letzten Verhandlungsnächte hinein, im März 1994, Schwierigkeiten gemacht ... die Einbeziehung der österreichischen Landwirtschaft in den Binnenmarkt, wobei es nicht darum ging, dass wir die nicht einbezogen haben wollten, aber es ging praktisch darum, dass wir die Einbeziehung nicht schockartig haben wollten, sondern, weil es sich ...

hier ging es auch um Preisfragen, um die Öffnung der Grenzen ... sondern eine Übergangszeit haben wollten. Das wurde von der Gemeinschaft während der ganzen Verhandlungen abgelehnt. Die Gemeinschaft hat gepocht: Beitritt zum Binnenmarkt, der ja auch mit dem Wegfall der Grenzkontrollen verbunden ist, sofort und unmittelbar. Das hat Schwierigkeiten bis zuletzt gemacht, wurde aber dann mit gewissen Kautelen und Möglichkeiten, autonomen Möglichkeiten, die Österreich während einer Übergangszeit ergreifen konnte, um auf die österreichischen Bauern den Schock abzumildern ... wurde dann aber akzeptiert. Sofortiger Beitritt. Das war die Landwirtschaft, ein größeres und schwieriges Kapitel.

Dann hatten wir ein paar eher punktuelle Fragen, die natürlich Aufregung erzeugen und Ängste erzeugen bei den unmittelbar Betroffenen, die aber doch sehr sektoriell, wenn nicht punktuell waren. Das war die Frage der Gründung von Zweitwohnsitzen von Unionsbürgern in Tirol. Tirol war hier der besondere Punkt. Die Ängste waren in Tirol, dass eine riesige, eine große Zahl unter den 80 Millionen Deutschen Druck auf die beschränkten landschaftlichen Möglichkeiten in Tirol ... Druck bilden könnte, die Preise ungemein in die Höhe treiben könnte, damit den Kauf durch Österreicher unerschwinglich machen würde. Also diese Ängste, die da waren, aber ein sehr punktuelles Problem, das durch eine Übergangszeit geregelt wurde, die wir bekommen haben, und das Problem wurde dann ruhig während der Übergangszeit gelöst. Wobei die Lösungen ja weitgehend in den Raumordnungen liegen.

Nun, und dann hatten wir ein anderes Problem noch. Wir hatten zum Teil höhere Umweltstandards auf ganz wenigen Gebieten – das waren ein paar Positionen – als die Union, die wir hätten senken müssen und für die wir eine Übergangszeit auch bekommen haben, in der Annahme, dass bis dahin sich auch die Umweltstandards der Gemeinschaft erhöht haben würden. Dieses Problem hatte Schweden übrigens auch. Ich muss Ihnen ganz ehrlich sagen, ich weiß über die Entwicklung nach dem Inkrafttreten der Beitrittsverträge nicht mehr. Aber während der Verhandlungen war hier natürlich –das ist auch verständlich – Druck: Jetzt treten wir bei und müssen als Vorläufer in der Umweltpolitik auch noch auf niedrigere Standards in der Europäischen Union zurückgehen. Das hat einen gewissen emotionalen Charakter gehabt, ist aber eine sehr begrenzte Frage gewesen, für die wir eine Übergangszeit bekommen haben.

[**Christian Lekl**] Spielte in dieser Hinsicht die Frage des Straßentransits eine Rolle?

[**Manfred Scheich**] Ja, aber das ist ein Problem für sich. Das war neben der Landwirtschaft und jetzt der Neutralität, darüber haben wir gesondert gesprochen ... neben der Landwirtschaft im ökonomischen Bereich das Problem auch bis in die letzten Minuten der Verhandlungen hinein. Wir wollten – und ich muss ehrlich sagen, mussten! – politisch, nämlich Österreich, den bilateralen Transitvertrag, den wir schon vorher mit der Europäischen Gemeinschaft hatten – insbesondere Transit durch Tirol über den Brenner, also auf der Inntalschiene und über den Brenner Nord-Süd, wo sich der europäische Straßentransit tatsächlich gebündelt hat und eine auch politische, in Tirol und dann über ganz Österreich, Frage geworden ist ... Wir wollten und mussten diesen Vertrag, auch im Hinblick auf das kommende Referendum in Österreich, Beitrittsreferendum in Österreich, in die Mitgliedschaft übernehmen, und das war für die Gemeinschaft ein harter Brocken, weil es sich um einen Verstoß gegen das Prinzip der Verkehrsfreiheit und damit des *Acquis* gehandelt hat. Für uns war das eine *conditio sine qua non*, wie gesagt, aus diesen politischen Gründen.

Es ist ja nicht nur Tirol gewesen, in der Zwischenzeit kam ja auch die Überlegung des Ost-West-Transits nämlich durch den Wegfall des Eisernen Vorhangs und damit der Intensivierung des Ost-West-Verkehrs durch Österreich hinzu. Ich erinnere mich noch an ein Gespräch. Delors hat Österreich besucht während der Verhandlungen und ich bin ... Ich kann das jetzt nur von mir sagen, das war natürlich eine Frage, aber ich bin bei seiner Abreise mit ihm im Auto, habe ihn begleitet im Auto, auf den Wiener Flughafen. Und mein Argument war: Herr Präsident, wir müssen das haben im Hinblick

auf das Referendum. Stellen wir uns vor ... oder wir Österreicher müssen uns vorstellen, wir haben da im Zusammenhang mit dem Referendum über den Beitrittsantrag eine Situation, in der unsere Zeitungen schreiben: „Jetzt stürzen sich in immer höherem Maße als Folge des Beitritts die Lastwagenkolonnen von Nord nach Süd, von Süd nach Nord, von Ost nach West und umgekehrt.“ Und zwar nicht nur – ich sage das jetzt, vielleicht klingt das zynisch – von Nord nach Süd, nicht nur über Tirol, und Tirol hat nicht so viele Einwohner, die dann gegen den Beitritt mobilisiert werden, aber die Mobilisierung kann ja dann auch in Ost-Österreich erfolgen, nämlich in Wien, und Niederösterreich und Oberösterreich, wo die Masse der österreichischen Bevölkerung wohnt, und wir haben dann die Überschrift: „Und jetzt kommt das, was schon in Tirol ist, auch noch Ost-West.“

Und wir können uns das nicht leisten, dieser Transitvertrag mit seinen Beschränkungen muss in den Beitritt übernommen werden. Also, ich war da ... damit zeichne ich etwas, wie die Situation war, das war ganz ernst und das war auch eine ... Es ist uns dann gelungen, das zu tun, aber das war auch bis in die letzten Stunden und Minuten vor dem Abschluss der Verhandlungen im März 1994.

[**Michael Gehler**] Wir haben nur sehr kurz berührt den 12. Juni 1994, die Volksabstimmung in Österreich, und ich kann mich noch gut erinnern, wie erleichtert damals Jacques Delors und erfreut reagiert hat – so wenig begeistert er war noch 1989/1990 –, dass die Österreicher so klar und so deutlich mit 66,58 % für den Beitritt gestimmt haben. Das war ja, wenn man Irland ausnimmt – die Iren haben 68 % für Maastricht votiert –, mit Blick auf Frankreich und Dänemark ein ganz anderes Votum. In Frankreich war es sehr, sehr knapp, in Dänemark musste man noch ein zweites Mal abstimmen. Vielleicht ist das für ena.lu noch von Relevanz, das aufzunehmen. Was hat eigentlich dieses Votum, dieses doch phänomenale Votum mit diesem hohen Ausgang für Ursachen? Wie ist es zu erklären, dass die Österreicher sich doch letztlich so klar entschieden haben für diese Europäische Union, was für manche doch überraschend war, dass es 66 % waren? Dazu deine Einschätzung.

[**Manfred Scheich**] Ich würde sagen, die ganz gleiche Erklärung wie die Erklärung dafür, dass wir erstens einmal ein verhindertes Gründungsmitglied waren, dass wir wie kein anderes EFTA-Land in all den Jahren des Außenstehens, in den Jahrzehnten des Außenstehens immer an der Vorfront, an jener waren, die die Zusammenarbeit mit der Europäischen Gemeinschaft ausbauen wollten. Dass wir auch immer die klarsten politischen Bekenntnisse – also schon vor der Beitrittsambition – die klarsten politischen Bekenntnisse zur europäischen Integration abgegeben haben, verbal, natürlich. Besondere europäische Qualität der Beziehungen, Teil der Wertegemeinschaft der Europäischen Union und Ähnliches in den 80er Jahren. Alle diese Gründe sind ... nochmals das schnöde wirtschaftliche, ich erwähne jetzt wieder als erstes mit dem Ausdruck schnöde ... sicherlich die starke, auch ökonomische Bindung an den Wirtschaftsraum Europäische Union. Aber auch die traditionelle ... das traditionelle Bekenntnis zu – ich sage bewusst – transnationalen Lösungen, die tief in die Geschichte zurückgehen, die aber auch in die 20er und 30er Jahre zurückgehen durch die paneuropäische Bewegung, die Erfahrung des Zweiten Weltkriegs, die wir im besonderen Maße, in qualifiziertem Maße mit den Gründungsländern, mit den Gründungsstaaten teilen. Das sind die Gründe. Ich habe daher persönlich nicht einen Moment gezweifelt, glauben Sie mir das, trotz aller Diskussionen in Österreich und Unsicherheiten und Mediendiskussionen, dass es positiv ausgeht, und das ist der Grund der Zweidrittelmehrheit im Referendum. Und noch einmal zurück: Deshalb bedauere ich besonders, dass diese so genannten Sanktionen des Jahres 2000 in Österreich emotional leider zu einem Bruch mit Nachwirkungen geführt haben.

4. Österreich in der Europäischen Union

[**Christian Lekl**] Nach dem Beitritt Österreichs zur Europäischen Union werden Sie dann Ständiger Vertreter. Sie waren Mitglied der Reflexionsgruppe zur Vorbereitung des Amsterdamer Vertrags und Chefverhandler bei den Verhandlungen. Was waren die Zielsetzungen für Österreich?

[**Manfred Scheich**] Sehen Sie, der Amsterdamer Vertrag war ja schon gedacht, wurde ja schon verhandelt unter dem Gesichtspunkt und unter dem Eindruck der kommenden Osterweiterung. Wir haben ... Es wurde auch im Amsterdam-Vertrag die Übernahme und die langsame, schrittweise Realisierung des Vertragszieles der Gemeinsamen Sicherheitspolitik angedacht. Und für uns war es damals ein Schritt vorwärts, den wir übrigens auch initiativ in die Überlegungen eingebracht haben. Die Übernahme der Petersberg-Szenarien für die gemeinsame Sicherheitspolitik. Das hat für uns gebracht auch einen gewissen Sprung nach vorwärts. Wir sind hinter dieser Übernahme gestanden, weil es sich ja dann nicht nur über das *peace-keeping*, das ja in keiner Weise ... Wir haben *peace-keeping* in den Vereinten Nationen schon seit Jahrzehnten aktiv mitgemacht ... sondern auch der Begriff des *peace-enforcing*, also der Friedensschaffung, und das heißt militärische oder unter Umständen militärische Zwangsmaßnahmen, von Petersberg gedeckt wird.

Wir haben uns also hinter diese Angelegenheit gestellt als Schritt, was nicht immer ganz einfach war, weil hier Widerstände seitens gewisser Mitgliedstaaten da waren, die nach wie vor alle diese Aktionen im Rahmen der NATO halten wollten, wenn nicht der WEU ... bzw. der WEU, und denen unbehaglich zumute war, dass sozusagen konkrete, autonome Aktionen im Rahmen der Sicherheitspolitik nun in den europäischen Kontext gebracht werden. Also, vielleicht war das ein Punkt, hinter dem wir waren. Wir haben uns eingesetzt im Übrigen für die Aufnahme des Konzepts der verstärkten Zusammenarbeit in die Verträge, auch mit Blick auf die Erweiterung, also das, was man zuerst noch Flexibilität nannte. Und im Übrigen war das ja ein Bruch mit einem Grundsatz, auch ein Bruch mit einem Grundsatz, den die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft, die Europäische Gemeinschaft und bis dahin auch die Union immer verfolgt hat, nämlich die Homogenität des Integrationsprozesses. Das heißt, prinzipiell – Prinzipien werden durchbrochen, wie Sie wissen, aber es war immer noch als Grundsatz da – die Homogenität des Prozesses, das heißt alle Mitgliedsländer treffen alle Integrationsschritte gleichzeitig. Die Homogenität. Das haben wir natürlich durchbrochen gehabt, die größte Durchbrechung: Schengen. Also hier ..., aber es wurde als Grundsatz aufrecht erhalten, und durch die Einführung des Elementes der Flexibilität bzw. der verstärkten Zusammenarbeit hat man auch hier den Grundsatz durchbrochen wieder mit Blick auf das, was in Zukunft kommt. Wenn auch die Kautelen oder die Kriterien, die wir dafür institutionell gefunden haben und in Abstimmung, es praktisch unanwendbar gemacht haben, aber das ist eine andere Frage. Hier wurde grundsätzlich etwas Neues geschaffen im Integrationsprozess, was uns in die Richtung bringt, nicht nur verschiedener Geschwindigkeiten, sondern der variablen Geometrie des Integrationsprozesses. Und ich weiß, persönlich habe ich mich in dies Richtung sehr stark eingesetzt, immer aus der Sorge heraus, dass wir in der Integration, je mehr Mitglieder das sind, an Dynamik verlieren werden. Im Übrigen sehen wir das ja auch, und das ist jetzt kein Wort gegen die insbesondere Osterweiterung, aber jede Erweiterung macht die Union heterogener, das ist ein objektiver Faktor, ein objektiver Faktor. Und macht das Spektrum divergierender und oft widersprüchlicher Interessen breiter und macht damit das Entscheiden schwieriger. Das war eine Sorge, die immer da war, und hier war die Idee, um die Dynamik des Integrationsprozesses aufrecht zu erhalten, eben diesen Begriff und dieses Instrument der *coopération renforcée*, verstärkten Zusammenarbeit, einzuführen. Dahinter waren wir.

Wir haben uns in den Verhandlungen sehr gewehrt dagegen, das war schon auf dem Tisch, die Verkleinerung der Kommission unter die Zahl ... die Reduktion der Kommission unter die Zahl der Mitgliedsländer. Ich erinnere mich damals noch, dass ich gesagt habe: „Kommt für uns nicht in Frage, es muss jedes Mitgliedsland vertreten sein.“ In der Zwischenzeit ist das geändert worden, ich persönlich habe meine Meinung geändert und daher bedauere ich persönlich, und das ist eine persönliche Bemerkung, die von vielen geteilt wird, dass die Opferung, würde ich sagen, der Idee der Verkleinerung der Kommission, die ja im Vertrag von Nizza festgezurrt ist, festgelegt ist, jetzt den

Iren, bzw. für das zweite irische Memorandum geopfert wurde, das bedauere ich heute persönlich, aber wie gesagt, diese Frage war schon damals auf dem Tisch und da war unsere Position, die offizielle österreichische Position, auch meine: Nein, nein, wir bleiben bei einer Persönlichkeit aus jedem Mitgliedsland in der Kommission. So, ja und im Übrigen haben wir absolut konstruktiv an Amsterdam mitgearbeitet.

[**Christian Lekl**] Im zweiten Halbjahr 1998 hat Österreich zum ersten Mal dann die EU-Ratspräsidentschaft inne. Wie beurteilen Sie die Ergebnisse dieser Präsidentschaft?

[**Manfred Scheich**] Eine saubere, diplomatische und politische und handwerkliche Arbeit. Und ich bestehe darauf, es geht darum, saubere ... Es geht dabei um politisch-diplomatisches Management. Ich habe mich persönlich immer gegen Ideen und die Vollmundigkeit, die vollmundige Bemerkung oder Feststellung gewandt: „Jetzt sind wir die Führer Europas.“ Die rotierende Präsidentschaft, die viele Schwächen hat, das wissen wir, vor allem in der Überlastung dieser Präsidentschaft und in der relativen Präsidentschaftsperiode von nur sechs Monaten, ist vor allem, sich für das Zustandekommen des Konsenses der Mitgliedsländer einzusetzen. Sehr oft unter Rückstellung der eigenen nationalen Interessen. Sehr oft unter Rückstellung nicht vitaler nationaler Interessen, aber man klinkt sich aus dem Nationalen aus, und für mich als Vorsitzenden des *Coreper* war immer unter meinen vierzehn Kollegen Konsens zustande zu bekommen. Also, das ist für mich Präsidentschaft. Und nochmals, dafür haben wir eine saubere, handwerkliche Arbeit geleistet, insbesondere für das dann spätere Zustandekommen – das war der große Brocken in unserer Präsidentschaft – das Zustandekommen der Agenda 2000, der berühmten Agenda 2000. Wir haben, und das kann ich ... unter unserem Vorsitz ... aber immer wieder die anderen dazu zu bringen und mitzunehmen und Entscheidungen zustande zu bringen, Katalysator zu sein, *consensus-building* zu machen. Wir haben die Detailarbeit, ich habe gerne gesagt, die „Schmutz- und Kanalarbeit“ geleistet.

Es war nach unserer Präsidentschaft alles fertig auf dem Tisch, mit Ausnahme letzter gordischer Knoten, die nur von der höchsten politischen Ebene – und das ist ja dann geschehen – durchschlagen werden konnten. Und das ist, da sie ja ... die Agenda 2000 den Finanzrahmen festgelegt hat, Elemente der Reformen, insbesondere für die Agrar- und Strukturpolitik, in sich getragen hat, ging es natürlich um schwerstwiegende und damit letztlich auch finanzielle Interessen, hinter denen auch sachliche Interessen gestanden sind, aber es war alles fertig, bis zu dem Durchhauen dieser letzten Knoten, und das – und das ist jetzt vielleicht interessant für das Funktionieren der Union –, das bedeutet ja immer, dass letztlich Zahler hermussten. Und wir konnten diesen letzten politischen Beitrag am Wiener Gipfel nicht leisten, weil das das kleine Land nicht kann, und die, die gerufen worden sind, die angesprochen worden sind, diese Knoten durch Eigenleistungen zu durchhauen, waren dort nationale Vertreter. Es war übrigens Schröders erster Auftritt im Europäischen Rat als Bundeskanzler. Am Europäischen Rat in Berlin im März 1999 hat Schröder ... das war für ihn der große – natürlich durchaus legitim – europapolitische Auftritt, die große Bewährung, europapolitisch. Das war nicht Wien. Dort hat er dann die entsprechenden Opfer – nennen wir es so, im nationalen Sinn – auf sich genommen und die gordischen Knoten durchschlagen, die wir nicht durchschlagen konnten. Also, noch einmal: Unser Vorsitz war, das voll aufzubereiten. Es war alles da, und es waren ... Diese letzten Knoten sind vor dem Machtzentrum Europäischer Rat gelegen, unter dem Vorsitz jenes Landes, das besonders berufen war, die Knoten zu durchschneiden durch nationale Leistungen. Und das ist dann in Berlin geschehen. Das heißt, wir nehmen natürlich das Zustandekommen der Agenda 2000 zu einem sehr großen Teil auch auf unseren Vorsitz und unser Blatt.

[**Christian Lekl**] Als Konsequenz der Bildung einer ÖVP/FPÖ-Regierung verhängten die vierzehn EU-Partner im Februar 2000 Sanktionsmaßnahmen gegen Österreich. Wie beurteilten Sie damals diese Maßnahme und welche Auswirkungen hatte sie auf die Stellung Österreichs innerhalb der EU?

[**Manfred Scheich**] Sehen Sie, also einmal, diese „Sanktionsmaßnahmen“, ich stelle das immer unter Anführungszeichen, diese „Sanktionsmaßnahmen“ waren ungerechtfertigt. Sie waren vom Standpunkt der Europäischen Union aus ein politischer Fehler, und sie waren kontraproduktiv. Das die drei Worte, die für mich diese Maßnahmen charakterisieren. Nun kann man die damalige Situation auf Unionsseite ... in ihren emotionalen Zusammenhängen sieht man schon ..., aber das ändert nichts an der Sache: ungerechtfertigt, politischer Fehler und kontraproduktiv. Jetzt noch etwas dazu zu sagen: Das große Wort „Sanktionen“ war eigentlich auch von Seite der Gemeinschaft ein bisserle vollmundig, hat uns natürlich sehr geärgert, das ist schon richtig, aber dank der Verträge, der Gemeinschaftsverträge waren Sanktionen im eigentlichen Sinn gar nicht möglich, davor haben uns Österreicher die Verträge ja geschützt. Ich sage das heute, wenn auch die Aufregung sehr, sehr groß war: Die „Sanktionen“ – in Anführungszeichen – haben vielfach aus manchmal etwas politisch kindlich aussehenden Maßnahmen vielfach protokollarischer Natur bestanden. Man hat österreichischen Botschaftern in Mitgliedsländern die bunten Orden verweigert, die sie am Ende ihrer Missionen bekommen üblicherweise. Man hat Händedrucke verweigert, man hat sehr viel Verbalismus gefragt, man hat Aufrufe erlassen, in Österreich nicht mehr Ski zu fahren. Sie verzeihen mir, wenn ich wiederum sage, es war natürlich politisch eine äußerst ungute Situation, sie war falsch, sie war nicht gerechtfertigt, nochmals, sie war kontraproduktiv, und sie hat sehr viel Ärger gemacht.

Und ich sage kontraproduktiv, weil sie in Österreich etwas hinterlassen hat. Es war das für viele, viele, viele Österreicher ein Bruch, den sie erfahren haben, in dem Bild, was diese Europäische Gemeinschaft und Union ist. Und ich glaube, es war das Gefühl, als kleines Land noch dazu – alles das war drinnen – ungerechtfertigt, ungerecht behandelt zu werden. Eine inakzeptable Einmischung in österreichisches politisches Handeln. Und da gibt es Nachwirkungen, latent, die bis heute wirken. Und ich sehe darin einen der Gründe, dass Sie heute in Österreich vielfach finden einen gewissen Abstand, Vorbehalte gegenüber dem Prozess, dem Integrationsprozess. Etwas, was vorher nicht da war. Man hat etwas wie einen emotionalen Bruch verursacht, der Folgewirkungen hat, und das ist dann letztlich das, was ich als kontraproduktiv und, verzeihen Sie mir das harte Wort, politische – ach, ich soll es nicht sagen – Dummheit ansehe, die damit zusammengehängt ist.

Nochmals, ich habe auch gesagt, dass ich die Situationen verstehe, dass die Bilder, die sich da auf Unions-, Gemeinschaftsseite aufgetan haben, die auch damit zusammenhängen, wie man die Persönlichkeit Haiders und seine Partei auch auf österreichischer Seite, auch auf österreichischer Seite die Jahre vorher aus Gründen politischer Konkurrenz dargestellt hat, das hat alles damit zu tun. Aber trotz alledem ... Es war, ich glaube, der Europäischen Union nicht würdig, das zu tun, was damals geschehen ist. Und es war bedauerlich in einer gewissen Langzeitwirkung, die es hat.

5. Die Europäische Union nach dem Inkrafttreten des Vertrags von Lissabon

[**Christian Lekl**] Gestatten Sie mir als letzte Frage einen kurzen Ausblick. Am 2. Oktober 2009 stimmten die Iren dem Lissabon-Vertrag zu und machten so den Weg frei für das Inkrafttreten des Reform-Vertrages. Wie ändert sich die Rolle Österreichs in einem reformierten Europa?

[**Manfred Scheich**] Ich weiß nicht, warum sollte sich die Rolle Österreichs ändern? Das ist meine Antwort darauf, wir haben den Lissabon-Vertrag unterzeichnet. Es wäre viel zu Lissabon zu sagen, und ich sage vielleicht nur etwas. Der Vertrag bringt Fortschritte. Der Vertrag bringt Fortschritte, er verbreitert, ich hoffe, verbessert, das Instrumentarium der Union, das institutionelle Instrumentarium der Union für die Zukunft. Die Krux und die entscheidende Frage bleibt: Werden die Mitgliedsländer,

die übrigens den Europäischen Rat zu dem Machtzentrum der Europäischen Union auch formell gemacht haben ... Das künftige Machtzentrum der Union ist tatsächlich der Europäische Rat, bis ins operationelle hinein. Werden sie das verbesserte Instrumentarium nützen, oder kann das verbesserte Instrumentarium auch dazu führen, dass wir eine bürokratische Intransparenz erhöht erzeugen? Denn es ist Vieles noch im Gesamtinstrumentarium, dem neuen Instrumentarium, unausgegoren, im Einzelnen: Was es bedeuten wird, die Befehls- und Berichtsstrukturen, um diesen militärischen Ausdruck zu benutzen, Befehls- und Berichtsstrukturen, im Konkreten ausgestaltet werden werden. Und ob und wie die Mitglieder dieses Instrumentarium mit einem neuen Anlauf in einem integrationistischen politischen Willen wirklich nutzen werden. Lissabon: Automatisch bringt es nicht die Erlösung für Ineffizienzen von vorher.

[**Christian Lekl**] Sehr geehrter Herr Botschafter, ich bedanke mich recht herzlich für dieses interessante Gespräch.